

# Saar-Freund

Nachrichten aus dem  
abgetrennten  
Saar- und Pfalzgebiet



Mitteilungsblatt  
des  
Bundes der Saar-Vereine

Nummer 24 • 8. Jahrgang

Berlin, 15. Dezember 1927

## Weihnachten 1927

Schneeflocken wirbeln in fröhlichem, nectischem Tanz vom wolkengrauen Himmel und hüllen Feld und Wald, Dorf und Stadt in einen warmen, weichen Wintermantel. Im Walde aber weihnachtets. Eine heilige Stille liegt über ihm, nur da und dort huscht ein Vögelein vom schneeigen Ast zur winterlich kahlen Hede; ein Häslein hüpfst vorüber und über die Lichtung zieht vorsichtig äugend, ein Rehlein, verhaltend, als suche es nach dem Weihnachtsgeheimnis. Denn in der Weihnachtswoche ist der deutsche Wald von geheimnisvollem Klingen und Singen erfüllt, ein Ahnen von nahendem Glück und Glanz, von Frieden und von frohem Hoffen geht durch die feierliche Waldesstille. Wer diesen Weihnachtszauber im deutschen Wald nicht erlebt hat, der kennt dies selige Weihnachtsgeheimnis nicht.

Es ist Weihnachtszeit.

Die Kinder träumen der Ueberraschung und der Weihnachtsfreude entgegen; ihre kleinen Herzen warten auf das Christkind, auf seine Gaben und auf die wunderbare Geschichte vom Jesuskindlein in der Krippe. Und stürmte und tobte es draußen noch so sehr, die Gewißheit kommenden Festesglanzes und Kerzenscheins der heiligen Weihnacht stärkt in den Kinderherzen den Glauben an das alte Gotteswunder und an die gabenpendende Elternliebe.

Das ist die Macht des Weihnachtszaubers.

Auch die Großen und Wissenden unterliegen in diesen Tagen dem Zauber göttlicher Offenbarung, der Einwirkung weihnachtlicher Stimmung. Das Fest der Liebe und Erlösung senkt seine Macht, seinen Glanz auch in die Herzen der großen Menschenkinder. Nur ganz Verstoßte, Alles-Verneinende, Seelenarme legen eine spöttische Miene auf und leugnen die Allmacht verjöhnender, hingebender Liebe. Wenn aber die Weihnachtsglocken durchs Land singen und klingen, wenn durch die Fenster der Wohnungen die Kerzen aufflammender Weihnachtsbäume durch die Fenster strahlen und die sonst so unruhigen

Straßen mehr und mehr mit weihnachtlichem Frieden erfüllen, wenn die altbekannten und immer wieder neuen Weihnachtslieder den Alltagslärm zurückdrängen, dann verschwindet Spott und Ueberheblichkeit, dann zieht Kindheits-erinnerung durch Herzen und Seele, Erinnerung an jenes verheißungsvolle Wort:

„Friede auf Erden!“

Wie bitter not tut uns der Friede auf Erden. Dem deutschen Volk vor allem. Ist es nicht tragisch, daß wir gerade jetzt, wo wir um einen europäischen Dauerfrieden ringen, uns gegenseitig ärger befehden, verleumden, entfremden denn je zuvor? Haben wir uns je in diesen Zeiten des Bruderkrieges, gesagt, daß wir zunächst einmal Frieden mit uns selbst schließen sollten, damit wir einen umso sicheren Frieden mit unseren einstigen Feinden erringen können? Nein, der zersetzende Parteisanatismus, der engstirnige Parteigeist, die unwahre Parteidogmatik nimmt wie eine Volksseuche überhand und reißt auseinander, was vor Vaterland und Volkstum zusammengehörte. Wo Unfriede das Volk zersplittert, wie soll dort ein wahrer Völkerfriede erstehen können.

Schafft Brudersfrieden!

Und wie sieht es in der sogenannten großen Politik aus? Sind wir dort dem Frieden näher gekommen? Man hat das deutsche Volk bis aufs Blut gequält, man hat Millionen deutscher Stammesbrüder und -schwestern ihm entrißen und ihnen eine fremde, eine feindliche Staatsmacht aufgezwungen. Man versucht, ihnen die deutsche Seele, das deutsche Herz aus dem Leibe zu reißen, indem man ihnen die Muttersprache nimmt, das deutsche Gotteswort verbietet. Es ist die Kulturschande des 20. Jahrhunderts, was in Polen, in der Tschechoslowakei, in Südtirol, in Jugoslawien, in Litauen und anderswo unter den Augen des dem Selbstbestimmungsrecht der Völker dienenden Völkerbundes geschieht, geschehen darf.



Darum Frieden deutschem Volkstum außerhalb der deutschen Reichsgrenzen.

Der Völkerbund hat soeben seine Dezemberberatungen abgeschlossen. Danzig hat er nicht den Frieden und das Recht gegeben, auf das es Anspruch hat; er ist, wie so oft der Entscheidung ausgewichen. Aber er hat im polnisch-litauischen Konflikt so vermittelt, daß aufsteigende Kriegsgefahren im Osten zunächst als beseitigt gelten können. Man darf wohl sagen, daß sich der Völkerbund in diesem Falle als Faktor des Friedens erwiesen hat, wenn auch noch nicht zu übersehen ist, ob seine Vermittlung eine Dauerbesriedung ausüben wird. Um so mehr aber hat der Völkerbund bisher und auch jetzt wieder versagt in der Erfüllung seiner Hauptaufgabe:

**Sicherung des Friedens durch die allgemeine Abrüstung.**

Hier nützt kein Deuteln und keine juristische Spitzfindigkeit. Trotz verabscheuungswürdiger Helfersdienste deutscher Denunzianten steht für jeden Aufrichtigen, für jeden Wissenden fest: Deutschlands Waffen bedrohen nicht den Frieden. Seine Entwaffnung aber bedeutet so lange eine Gefahr für einen Dauerfrieden, so lange künstlich geschaffene Nationalitätenstaaten mit ihrer Ueberrüstung und ihren militärischen Schutzbündnissen jederzeit in der Lage sind, die deutsche Grenze, die deutsche Staatshoheit zu mißachten. Hat uns dieser Mißstand nicht Oberschlesien, nicht Memel gekostet, hat Polen nicht Wilna geraubt? Und das alles trotz (oder gerade wegen?) Völkerbund!

Die Ueberrüstung der deutschen Grenz-nachbarn bedroht den Frieden auf Erden!

Und wo ist Frieden am Rhein, an der Saar, in der Pfalz? Wie kann Frieden herrschen, wenn mehr als 60 000 Mann ausländische Soldaten auf deutschem Boden stehen, wenn diese Soldaten mit ihren Offizieren, ihren Generalen, ihren Kriegsgerichten, Gendarmen und Spikeln sich als Herren des Landes betrachten und benehmen? Wie soll man an den guten Willen der anderen glauben können, wenn sie trotz des Protestschreis fast der ganzen gesitteten Welt noch immer rd. 1600 Mann farbige Truppen gegen die einheimische deutsche Bevölkerung verwenden? Diese Besatzung ist eine weitere Kulturschande des 20. Jahrhunderts, ist eine Verneinung des Friedenswillens.

Darum weg mit der den Frieden bedrohenden Besetzung von Rhein, Saar und Pfalz.

Das Saargebiet hat besonderen Grund, dem Friedens- und Gerechtigkeitswillen der anderen, des Völkerbundes, zu mißtrauen. Die vom Völkerbund zum Schutze des Rechts und der Wohlfahrt der Bevölkerung eingesetzte Regierungskommission hat völlig versagt, weil sie unter dem Einfluß einer frankophilen Mehrheit steht, die nicht den Frieden will, sondern die politische Tendenzen verfolgt, die dem Grundgedanken der Völkerbundsatzung vom Herrschen der Gerechtigkeit und der gewissenhaften Beobachtung aller vertragsmäßigen Verpflichtungen aufs gröblichste verkehrt, weil sie einen Zustand herbeiführen müssen, „der die internationalen Beziehungen beeinflusst und in der Folge den Frieden oder das gute Einvernehmen unter den Nationen, von denen der Friede abhängt, bedrohen kann.“

Die vom Völkerbund an der Saar gebuldeten Zustände bedrohen den Frieden.

Es ist nicht nötig, auf alle einzelnen Punkte dieser den Frieden bedrohenden Politik der Saarregierung einzugehen; sie sind bekannt. Nur das eine soll hervorgehoben werden: Der Regierungskommission sind die Notverhältnisse, wie sie für den überwiegenden Teil der Bevölkerung bestehen, bekannt. Sie hat ernstlich nie etwas unternommen, um hier eine Aenderung herbeizuführen. Die Saarregierung hat seinerzeit die Frankenwährung gefordert, angeblich, um die Bevölkerung vor den wirtschaftlichen Härten einer Währungs-inflation zu schützen. Sie hat bisher nicht das geringste unternommen, um die unhaltbaren saar-zollpolitischen Verhältnisse im Interesse der Saarbevölkerung zu beseitigen. Sie sieht ruhig zu, wie die Saarbergarbeiter von dem französischen Saar-grubenfiskus lohnpolitisch ausgebeutet werden, obwohl die Gewinnabschlüsse der Saargruben nachweisen, daß eine Abhilfe mit Leichtigkeit durchgeführt werden könnte. Geradezu aufreizend aber ist das Verhalten der Saarregierung den Saareisenbahnern gegenüber. Sie liefert sie mit Ueberlegung der Not aus — weil es im französischen Interesse liegt —, sie täuscht ihr Vertrauen. Die Saareisenbahner haben im guten Glauben an die Zusagen der Saarregierung den Streit abgebrochen, um jetzt mit einer sogenannten Weihnachtsbeihilfe abgefunden zu werden, die keine Hilfe ist. Und wie ist es mit der französischen Kohlenpolitik im Warndt, jener von der Saarregierung geförderten Politik, die auf eine Schädigung der deutschen und der saar-lokalen Interessen abzielt?

Im Saargebiet herrscht kein Frieden, weil die Völkerbundskommission französische Annegionspolitik fördert.

Aber dennoch zieht deutscher Weihnachtszauber durch das schöne deutsche Saarland. Steigt nur hinauf in den deutschen Saarwald, lauscht dem geheimnisvollen Weben da droben und ihr werdet verspüren, daß dort das gleiche märchenhafte Singen und Klingen durch den deutschen Weihnachtswald zieht, daß ein Ahnen von nahendem Glück, von Weihnachtskerzen, von Kinderhoffen und Elternfreude durch die feierliche Waldesstille weht. Schaut hinein in die Wohnungen der Saarbergleute, der Arbeiterschaft, des Mittelstandes, der Wohlhabenden: Überall deutsche Weihnachtsstimmung. Und wenn aus den Tälern und von den Höhen die Weihnachtsglocken das deutsche Weihnachtshehnen, den deutschen Weihnachtsglauben durchs Land, durchs deutsche Land jubeln, wenn in den Bergmanns- und Hütten-dörfern, in den einsamen Gehöften und in den Städten die Fenster sich auch an der Saar erhellen durch den Glanz der Weihnachtskerzen, dann wissen wir, daß allüberall, wo Deutsche wohnen, sich die deutschen Herzen und die deutschen Lieder zusammenfinden zum gewissen Weihnachtsglauben und Weihnachtshoffen:

Euch ist heute der Heiland geboren.  
Darum Frieden auf Erden  
Allen Menschen, die guten Willens  
sind!

## Es läuten die Glocken — — —!

Von Georg Eisenbeis, Hamburg.

Weihnachtsglocken! Weihnachtszeit! Weihnachten, das Fest der Freude, das Fest der Deutschen bricht an. Hohe Zeit der deutschen Seele! Schwerpunkt deutschen Gemütslebens! Niemals kommt fern und nah das Heimweh in deutschen Herzen stärker zum Ausbruch, niemals die Erinnerung an Freud und Leid. Das Christkind kommt in die Welt, Himmel und Erde berühren sich, Geist und Fleisch, symbolisch verbindet sich das heilige, lautere Feuer in Gestalt der Weihnachtskerzen mit der erdentrübenden Weihnachtstanne. Und uns erdgebundenen Menschen ist, als hätten wir jenes Geistes einen Hauch verspürt. — Man sagt, der deutsche Mensch habe das tiefste Innenleben, habe Gemüt, Gewissen, im Gegensatz zu andersartigen Völkern. Darum klingen ihm die Glocken anders, darum sehen sie auch im fremden

Land in ihm Saiten in Schwingung, die in jedem Volksgenossen auf den gleichen Ton gestimmt nachklingen. Daher hat der Deutsche ein anderes „Gefühl“ für religiöse Fragen und die Gotteslehre überhaupt. Daher entsprang die Reformation Luthers als deutsch-völkische Bewegung.

Im scharfen Gegensatz hierzu herrscht beim Nachbarvolke der Franzosen allein der kühle Verstand, obwohl dieser und seine Vermittler, die Sinne, dort gewiß nicht schärfer sind als bei uns. Deshalb war z. B. für die Hugonotten, die (weil germanischen Blutes) für eine gemütsstiefe Religion eintraten, in Frankreich kein Raum, deshalb benutzte der Franzose zu unruher Empörung mit Vorliebe den heiligen Abend zu Ueberfällen und selbst großen Gefechtshandlungen. —



Wenn wir unseren Blick nun zweitausend Jahre rückwärts wenden, sehen wir in den heiligen Hainen unserer Vorfahren die Winter Sonnenwendfeuer flammen, die Freudenfeuer, denn heute hat das Gute über das Böse den Sieg davongetragen. Loki, der Gott der Finsternis, liegt in Fesseln, und Baldur, der Gott des Lichtes, erhebt zu neuem Glanze und neuer Herrlichkeit. Mit erhobenen Händen steht die Wala, die Priesterin, am Feuer und verkündet den lauschenden Germanen den Sieg der Asen mit den Worten der Edda:

„Gebunden sah ich im bruchigen Hain  
Die Unheilspestalt, den argen Loki  
Dort sitzt Sionn, verfunken im Schmerz  
Ob dem Weh des Gatten — — —“

Und als sie geendet hat, schlagen die Männer mit den Schwertern an die Schilde, und Jubelrufe ertönen im Kreis, denn:

„Gesträuch grünt aufs neue und grünes Gras  
in Widars Land. — — — — —  
Auf unbefätem Acker werden Aehren wachsen,  
alles Böse schwindet, denn Baldur erscheint!“

Ja, Baldur erscheint. Nun werden die Tage wieder länger. Und Licht und Wärme werden Dunkelheit und Kälte überwinden. — Nun etwas anderes. Die alte deutsche Sage ist ja bekannt, die Sage von dem Berge, der mit Schätzen angefüllt ist und in den niemand hineinkommen kann, wie große Mühe er sich auch geben mag. Fern aber, tief im Walde, wächst ein blaues Blümlein. Wer das hat und mit ihm den Berg berührt, dem tut er sich auf, und er kann von den Schätzen heben, soviel er will. Endlich kommt der Auserwählte und findet die Blume. Als er mit ihr zum Berge kommt, tut er sich ihm auf und bietet seinen Augen die unermesslichen Schätze dar. Da rafft er zusammen, was er tragen kann und wendet sich zum Gehen. Da ertönt ein leises Stimmchen hinter ihm: „Vergiß das Beste nicht!“ ruft es ihm zu. Er hält an und meint, noch mehr Gold nehmen zu müssen. Dann reißt er, und hinter ihm schloß sich der Berg auf ewig. Das Beste, er hat es vergessen. Er hat die blaue Blume liegen lassen. Er hat nur das glänzende Gold gesehen, neben dem das schlichte Blümlein erblühte.

Die Winter Sonnenwendfeier und die blaue Blume, beides ist unser Weihnachten. Weihnachten war ja ursprünglich kein christliches Fest, es ist erst dazu gemacht worden. Weihnachten wird heute gefeiert, wo Christen wohnen. Man hat es zum Fest der Liebe gemacht, „an dem Gott seinen eingeborenen Sohn gab, auf daß alle, die an ihn glauben, nicht verloren werden, sondern das ewige Leben haben“. Die gesamte Christenheit ist froh, denn: „Guch ist heute der Heiland geboren.“ Diese Weihnacht können

sie alle feiern, alle Christen. Sie können das aber nicht auf deutsche Weise. Unser Weihnachten stammt ja von der germanischen Sonnenwende her. Es war außerordentlich schwer, den Germanen das Christentum zugänglich zu machen. Darum erleichterte man sich diese Arbeit, indem man alle Christuslegenden nach germanischem Muster zuschnitt. Christus ward zum Gefolgsherrn und zum Helden, der sein Leben für seinen Herrn hingab. Seine Jünger wurden zu den Gefolgsmännern, Christus wurde mit Baldur verglichen. Und Baldurs Wiedergeburt, die das Licht wieder in die Welt bringt, wird zur heiligen Nacht, in der das lichte Christuskind den Menschen gegeben wird.

Freidenker und Dissidenten haben bitter unrecht, wenn sie unser Weihnachtsfest neben den anderen christlichen Gebräuchen ablehnen. „Vergiß das Beste nicht, deutsches Volk! Lasse nicht von den Gebräuchen deiner Vorfahren! Wahre dir deine Eigenart und dein Wesen! Wenn es uns in der heutigen Zeit auch schwer gemacht wird, Weihnachten zu feiern, so dürfen wir doch nicht unterlassen, es festlich zu begehen. Was ist uns denn von den Gebräuchen unserer Vorfahren geblieben? Fast nur der Hader und die Zwietscherei. Um so fester müssen wir das wenige Gute halten, das sich bis in unsere Zeit noch erhalten hat. Unsere Feinde haben uns ja alles gestohlen, was uns zu leben nötig war, um das deutsche Volk zu einem ehr- und wehrlosen Spielball zu machen. Noch nicht einmal vor unserem Weihnachten haben sie Halt gemacht. Krampfhaft versuchen sie, unser Weihnachten nachzuahmen. Die Franzosen führen Tannenbäume ein und geben sich die größte Mühe, unsere Weihnachtsgebräuche in ihrem Lande vollständig zu machen. Es eeknet ihnen aber doch nicht, weil ihnen die Voraussetzungen dazu fehlen. Was sollen sie denn mit dem Weihnachtsmann, dem Knecht Rumpelstilzchen, wo sie von Wotan und dem getreuen Odhott nichts wissen? Darum noch einmal: Vergiß das Beste nicht, deutsches Volk, deutsches Saarvolk! Halte, was du hast! Laß dich nicht vom Glanze ausländischen Pöndes und ausländischer Sitten blenden! Solange wir noch deutsche Gebräuche ehren und halten, solange sind wir noch ein Volk. Wenn wir aber von den Gebräuchen unserer Ahnen abweichen und unsere Abstammung verleugnen, dann verdienen wir unterzugehen wie die Ägypter, Babylonier und Römer.“

Wir wollen uns an die Hoffnung klammern, daß bald unserem armen deutschen Volk, ganz besonders aber unseren deutschen Brüdern und Schwestern an der Saar, ein Baldur er stehen möge, daß bald die Weihnacht anbrechen möge, die das Licht zu uns bringt, das die Finsternis und Dunkelheit unserer Zeit verdrängt. Möge der Tag nicht mehr fern sein, da wir auf unseren deutschen Bergen die Wendfeuer zum Himmel empor lodern lassen können.

## „Weh dem, der lügt!“

Von F. Johannes, München.

Erschrecke nicht, lieber Weidmann, es handelt sich nicht um irgendeine paradoxe Verordnung einer neuen Räte-Republik, sondern um ein tragikomisches Jagderlebnis, das in die schöne Zeit vor dem Kriege fällt, als die Erde noch rund war.

Das Lateinern lernt der Jäger von selbst und ohne Grammatik; es sei ihm auch erlaubt, soweit es dem Scherz, der Unterhaltung dient, aber wenn einer gleich knipfelbid lügt, um einen großen Verstoß gegen die Regeln des Weidwerks zu verdecken, kann es passieren, daß ihm so gründlich heimgeleuchtet wird, wie einem schukhizigen Nimrod, von dem ich erzählen will.

Wo jetzt der Franzmann mit heiserem Getöse seine Kreise immer enger zieht, in der Hauptstadt des ferndeutschen Saargebiets hatten wir einst einen Jägerstammtisch, an dem auch ein Herr verkehrte, der sich für einen erfahrenen Jäger hielt, und da es ihm an Jagdgelegenheit mangelte, von mir zur Pürsch eingeladen wurde.

Es zeigte sich aber bald, daß die Renomisterei am Bierstisch mit den Erfahrungen in der grünen Praxis nicht in wohlthuenden Einfluß zu bringen waren. Unser Jünger in Huberto benahm sich täppisch wie ein Jagdschlingling, polsterte kreuz und quer durch die Bestände und wunderte sich, daß „die Rehe nicht mehr hielten“.

Um mein Wild nicht weiter zu vergrämen und andererseits den Gast zu Schutz kommen zu lassen, wurde ihm ein sozusagen totschärer Bod freigegeben, den man auf dem Anstich programmäßig erwarten konnte. Der Jagdhüter übernahm die Führung.

Zur gewohnten Zeit trat — eine Geiß aus, und ehe es der Jagdhüter verhindern konnte, riß der schukhizige Nimrod Funken. Der vom Jagdfieber Befallene hatte sich nicht erst Zeit gelassen, das Wild anzusprechen, schoß aber zum Glück noch trum-

mes Pulver. Die Geiß kam zwar mit dem Schreden davon, aber das im hohen Alee bisher unsichtbar gebliebene, unglückliche Reh mußte als Kugelfang herhalten und bekam das Geschloß durch beide Hinterläufe. Das schmerzhaft verletzte Reh fing auf den Schutz markerschüttelnd zu klagen an. Nun war die Not groß und anstatt pater peccavi zu sagen, wurde der Jagdhüter aboefchmiert und zu schweigen beschworen. Damit nicht genug; am Abend lag uns der Sünder vor verammelter Runde vor, der Bod sei schwer krank geschossen und müsse schon verendet in der Dichtung liegen, was die Nachsorge zweifellos ergeben würde. Um uns sicher zu machen, beschrieb er noch das Gehörn (die Weisheit stammte vom Jagdhüter) und erklärte pathetisch 100 Mark der Stammtischkasse, 100 Mark zur Aus schmückung der Jagdhütte und 50 Mark Schußgeld zu spendieren, sobald ihm die Trophäe ausgehändigt worden sei. Mit großer Beharrlichkeit wurde weitergelogen: „Ja und was für Stangen (er zeigte dabei etwa ¼ Meter), schwerkrank, den linken Vorderlauf etwas schonend, hat er sich gerade noch in die Dichtung einschieben können; am Anschuß viel Schweiß. Ja, aja, ein paar dicke Pullen kiste ich noch außer dem, sobald der Jagdhüter gefunden hat.“

Wenn der Jagderfolg auch ein recht negativer war, die Aufschneidererei hatte desto sicheren Anfangserfolg. Soweit schien alles glaubhaft.

Dieser Ausgabe liegt die Nr. 12. Jahrgang 3,  
der „Saarheimatbilder“ bei.



Die Bodgeschichte ließ mich nur wenig schlafen. „den linken Lauf etwas schonend“, hm, Lauschkuch? . . . das sind so Sachen. Und wenn ich mich noch so sehr von einer Seite auf die andere warf, die stets belagerte feindliche Grenze rückte deswegen doch nicht weiter ab und schließlich pöppelt man auch nicht seine Parabelböde so liebevoll, damit sie einem alles zusammenhegeln den Nachbar zugute kommen oder drüben elend verludern.

In aller Frühe war ich schon im Revier, von einem Jagdgenossen begleitet. Die Anschußstelle war von weitem schon sichtbar. Der Alee war müde veritampelt und viel Schweiß allerdings . . . (der Jagdhüter hatte das sich auf den Vorderläufen schleppende Ritz regelrecht abgeschlachtet).

Wie wir uns so das Schlachtfeld verwundert betrachteten, kam der Jagdhüter wie ein handscheuer Hund herangeschlüpfen und nach dem Sachverhalt befragt, trakte er sich erst verlegen hinter den Lusern und legte dann zögernd die Beichte ab, auch er schien keine gute Nacht hinter sich zu haben.

Nachdem sich der erste Zorn gelegt hatte, nahmen wir erst einen Schnaps, dann noch einen und so weiter, bis sich das seelische Gleichgewicht wieder eingestellt hatte, und lannen darüber nach, in welcher Form wir dem verlogenen Jagdgast die gebührende Strafe anhängen könnten. „Ich hab's,“ sagte mein Begleiter, „umsonst soll er nicht die 250 Mark und die dicken Pullen ausgefetzt haben, wir besorgen ihm schon seine Stangen.“ Noch am selben Tage erstanden wir bei einem Trödler ein Sechsergehörn, das wir in heißem Wasser und Schweiß (sprich Ochsenblut) auffrischten und ließen die „Trophäe“ durch den Jagdhüter an die Stammtischadresse senden mit der Mitteilung, der Bod sei im Grenzgraben gefunden worden, Weidmannsheil dem Schützen.

Am Stammtisch wurden eifrige Vorbereitungen getroffen. Der dem zu Feiernden zugeordnete Sitzplatz war vom aufmerksamen Wirt mit Tannenreis geschmückt worden, ein frischer Bruch mit Schweiß aus der Wirtstüche und Schnitthaaren vom Kalbsfell lag in Bereitschaft. Im Hintergrund lauerten in kühler Deckung die dicken Pullen. Das Telephon sorgte für vollen Tisch und für den Helden des Abends. Dieser nicht leicht zu verblüffende Mann erschien mit der Frage: „Ist noch keine Nachricht da?“ „Jawohl, bitte hier.“ Atemlose Stille ringsum, unsere Erwartungen waren aufs höchste gespannt. Zunächst verzog sich das Gesicht unseres Jubilars bedenklich in die Vertikale, dann überkam ihn ein Lächeln, offenbar in der Annahme, der Jagdhüter habe ihm sekundiert und den Bod gemeuchelt. Freude heuchelnd, bestätigte er zu unserer größten Belustigung: „Ja, das sind die Stangen.“ Nun sah der Fuchs im Eisen. Unter allseitiger Gratulation öffnete die Stammtischkaffe ihren Schlund und auch der Tribut für die Jagdhütte wurde erhoben. Der Wirt eröffnete das Böllerschießen mit den dicken Pullen und auch der Bruch wurde überreicht. Ein Gast meinte spöttisch auf das alte Gehörn anspielend, der Bod müsse doch ein Ur-Urian gewesen sein, der Schädel sei ja schon vergilbt (Lachsalve unsererseits, Bestürzung auf der Gegenseite — dunkle Ahnungen stiegen auf). Der Bod mußte doch ordentlich tot getrunken werden, bemerkte wieder ein anderer, sonst könnte er womöglich doch noch herumspuken (erneute Lachsalve). Heiterkeit und Durst wuchsen auf des Nimrods Kosten, und als der Tischälteste eine humorvolle Ansprache hielt, die in ein jubelnd aufgenommenes Horrido auf den „weidgerechten Scharfschützen“ ausklang, wurde diesem zulehends schummerig. Plötzliche Uebelkeit vorrückend, verließ er den Tisch und wurde seit dieser Zeit so heimlich wie ein Feisthirsch.

## Deutsche Frauenarbeit an der Saar.

Durch den am 31. 10. in der Ortsgruppe Berlin des Bundes der Saarvereine von Frau Gretel Michels gehaltenen Vortrag über „die Heimatidee im Kampf um das Saargebiet“ ist einem weiteren Kreis außerhalb des Saargebiets bekannt geworden, welche bedeutende Aufgabe der saar-deutschen Frau und Mutter an der Zukunftsgestaltung des Saargebietes zugefallen ist. Nicht nur daß die Frauen durchweg ohne Unterschied des Standes gut deutsch gesinnt sind und die Bestrebungen der Franzosen, das Saargebiet ganz oder zum Teil so oder so für sich zu gewinnen, bei den saarländischen Frauen nicht den geringsten Anklang gefunden haben; die Frauen nahmen und nehmen auch tätigen Anteil an der Abwehrarbeit gegen alle Verwelschungsversuche. Sie lieben und lassen sich in der Treue zu ihrem Vaterlande und im Befennergute zu ihm von niemand übertreffen. Und wenn sie nicht so oft und vielleicht auch nicht so mit allem Nachdruck an die Öffentlichkeit getreten sind wie die Männer, so liegt das in der Hauptsache daran, daß die Gleichberechtigung der Frauen im politischen Leben noch jungen Datums ist und die Führung des öffentlichen Abwehrkampfes ganz selbstverständlich in erster Linie den kampfgewohnten Männern zufiel. Um so mehr und um so nachdrücklicher aber sorgten die Frauen für die Erhaltung und Stärkung eines guten deutschen Geistes in der Familie. Ihr warmes deutsches Herz, gepaart mit Frauentugend, zeigten ihr von Anfang an den richtigen Weg und ließen keinen Zweifel aufkommen. Ihre Maßnahmen verrieten sogleich sehr viel Verständnis für das, was notwendig und möglich war.

Es ist daher ein Verdienst, daß die „Saarbrüder Zeitung“ einmal das vielgestaltige Wirken der deutschen Frauen an der Saar, vor und nach dem Krieg in ihren verschiedenen Organisationen öffentlich aufgezeigt hat.

Wir geben hier zunächst ihre Ausführungen über die Frauenbewegung in Saarbrücken bis zum Umsturz wieder. Das genannte Blatt nennt zunächst den Verein für Frauenbestrebungen, dessen Gründung in erster Linie der Gedanke der Förderung der Interessen des weiblichen Geschlechts zugrunde lag, die vor allem durch Bildungsbestrebungen erreicht werden sollte. Es spricht für den gesunden Sinn jener Führerinnengruppe, daß auch sofort soziale Fürsorge für bedrängte und gefährdete Frauen und Kinder und deren Erziehung zu selbständiger Arbeit als zum Bereich der Frauenbestrebungen gehörig erschien. Der Verein für Frauenbestrebungen entwickelte in der Zeit von 1905 bis 1915 ein sehr reges Leben und wurde die Keimzelle mancher Organisationen und Einrichtungen, die später selbständige Wirksamkeit entfalteten. Den Vorsitz übernahm Frau Anna Böding geb. v. Ammon; Fräulein Amanda Stier vertrat damals und vertritt noch heute Interessen der Lehrerinnen und der Jugendfürsorge; Fräulein Ida Koch leitete die stark besuchte Rechtsauskunftsstelle des Vereins, Fräulein Soine die Brodenz-sammlung, Frau Pfarrer Ebeling führte die Nähkassenbewegung, die Studienrätinnen Elfriede Red und Luise Jen-

ter sorgten für literarische und künstlerische Anregungen, die letztere beantragte auch die Gründung eines Kinderhortes, an dem Frau Emmel mit Hingabe wirken konnte.

Dieser Kinderhort wurde wiederum das Betätigungsfeld für mehrere sozial gesinnte junge Mädchen aus gebildeten Kreisen, die als Helferinnen eintraten. Starke Antriebe erhielt der Verein durch Vorträge von Frau Elisabeth Kruckenberger-Conze, der damaligen Vorsitzenden des rheinisch-westfälischen Frauenverbandes, dem sich der Saarbrüder Verein angeschlossen; wiederum wurde der größere Verband auch durch Anregungen aus Saarbrücken befruchtet, vor allem durch die so vielen untergeordneten Frau Emilie Ruppertsberg, die als erste in Saarbrücken zusammen mit Frau Marie Louise Terstesse Fürsorge an weiblichen Gefangenen übte. Frau Ruppertsberg war jahrelang Vorstandsmitglied des rheinisch-westfälischen Verbandes; Studienrätin Zenker hielt einen der Hauptvorträge auf der großen Mittleren Verbandsstagung. Frau Terstesse baute die Fürsorge für Gefährdete und Gefangene in einer kraftvollen katholischen Sonderorganisation aus. Auf Anregung von Studienrätin Zenker entstand der erste freiwillige Verband selbständiger Schneiderinnen in Saarbrücken und die erste Saarbrüder Ortsgruppe des interkonfessionellen Verbandes kaufmännischer weiblicher Angestellten. Fräulein Margarete Claassen sorgte für Frauengymnastik und gab Anregungen für einen besseren Geschmack der Schaufensterdekoration.

Da kam der Krieg und brachte einen großen Schnitt in dieses vielfach blühende Leben. Wer irgend konnte, widmete sich der Arbeit in den Lazaretten oder anderer Kriegsfürsorge; der Vaterländische Frauenverein zog alle in Reth und Glied und erlebte die Tage seiner Höchstleistungen; der Verein für Frauenbestrebungen hatte eine bescheidene, ergänzende Tätigkeit in der Hilfe an Flüchtlingen, die sich eine Weile in Saarbrücken anhäuferten. Aber zweierlei Übelstände machten sich im ersten Kriegswinter bald bemerkbar: Die große Zerspaltung so mancher verdienstlichen Frauenarbeit und die mangelnde Schulung der Hausfrauen für die volkswirtschaftlichen Anforderungen der Kriegszeit. Die Führerinnen suchten Abhilfe und gründeten den interkonfessionellen Stadtverband der Saarbrüder Frauenvereine, der seiner Idee nach alle Vereine der Stadt, karitative und Berufsvereine, sowie den Verein für Frauenbestrebungen umfassen und die nötige Führungsnahme und Arbeitsteilung vermitteln sollte. Die Gründung gelang und erwies sich als zweckmäßig, aber eine völlige Zusammenfassung erfolgte nicht; einige Monate später wurde ein besonderer katholischer Stadtverband gegründet. Die beiden Stadtverbände arbeiten jedoch seit Jahren in freundschaftlichem Verhältnis und vielfach Hand in Hand.

Die erste Vorsitzende des interkonfessionellen Stadtverbandes war Frau Emilie Ruppertsberg. Mit erstaunlicher Energie und immer lebendiger Herzlichkeit sorgte sie für die Ihren daheim und für die Angelegenheiten der Stadt, richtete Kriegskurse ein,



verteilte Verbandsdamen an die Kartenausgabestellen, hielt dann und wann einen zu Herzen gehenden Vortrag. Allgemein war die Erschütterung, als ein Eisenbahnunglück im Nahetal ihrem Leben im Januar 1918 ein Ende machte. Kein Wunder, daß eine Totenfeier für sie im Festsaal des Rathauses gehalten wurde, und daß nach der Schilderung ihrer Persönlichkeit durch die Vertreterin der Frauenvereine auch der Vertreter des Bürgermeisters, der damalige Beigeordnete Schloffer, ihrer Verdienste um das Gemeinwohl in warmer Anteilnahme gedachte. Ihre Nachfolgerin in der Leitung des interkonfessionellen Stadtverbandes wurde Studienrätin Luise Zentler.

Um der mangelnden Schulung der Hausfrauen abzuhelpen, lud der Verein für Frauenbestrebungen die damalige Vorsitzende des Hausfrauenverbandes, Frau Vogt-Zieh, zu einem Vortrag ein, der die Gründung des Saarbrücker Hausfrauenvereins im Frühling 1915 zur Folge hatte. Überaus eifrig begaben sich tüchtige Frauen in dieser Organisation an die Arbeit; große Mühe wurde in der Vermessung und Verteilung von Land für Kleingärten, in Einschulungskursen verschiedener Art übernommen. An führenden Hausfrauen seien hier besonders die verstorbene Fräulein Amberg, Frau Gertrud Neuder, Frau Erna Schmidt, Frau Henriette Braun, Frau A. Mägge und besonders Frau Reimann genannt; Frau Reimann hat durch ihren sicheren Takt und ihr Organisationstalent den Saarbrücker Verein auch für andere Orte vorbildlich gemacht. Sie mußte Saarbrücken leider in der Zeit der französischen Militärherrschaft verlassen.

Kräftig hat sich im Laufe der Jahre der Saarbrücker Hausfrauenverein entwickelt. Der Stadtverband Saarbrücker Frauenvereine besteht weiter und widmet sich zurzeit besonders der Aufgabe, mit den großen Verbänden Deutschlands und Preußens Fühlung zu halten und Anregungen von dort zu vermitteln.

Außerdem widmen sich der Stadtverband Saarbrücker Frauenvereine und der Verein für Frauenbestrebungen der Gründung von Studientreibern oder Arbeitsgemeinschaften. Mehrere solcher Kreise haben sich schon gebildet, teils werden literarische und künstlerische, teils religiöse und philosophische Dinge erörtert.

In einem zweiten Aufsatz behandelte die „Saarbrücker Zeitung“ die Entwicklung der Frauenbewegung nach dem Kriege. Hierzu wird u. a. ausgeführt:

„In den Wirren des Revolutionswinters 1918—1919 kam auch für die Frauen des Saargebietes die Politisierung durch das ihnen verlebene Stimmrecht, aber zunächst die furchtbaren Lebensbedingungen jeder Art unter den Jahren französischer Militärherrschaft 1919—1920. Versammlungsfreiheit gab es nicht; die Fühlung mit der Frauenbewegung in Deutschland zu halten war nur unter großen Schwierigkeiten möglich. Diese Lebenshemmnisse blieben auch noch nach den ersten Jahren der Völkerbundsherrschaft bestehen, ja verschärften sich noch durch das anfängliche Bemühen des Präsidenten Kautz, mit den hiesigen Frauenvereinen Fühlung zu gewinnen, Bemühungen, die allerdings völlig fruchtlos blieben, ja mit aller Schärfe zurückgewiesen wurden. Es bildete sich im Gegenteil unter diesem Druck der interkonfessionellen Verband von Frauenvereinen im Saargebiet, der die deutschen Interessen der Frauen der fremden Regierung gegenüber vertrat und alles zusammenfaßte, was das deutsche Frauenleben hier zu stärken im Stande war. Er besteht noch unter der Leitung von Studienprof. i. R. Luise Zentler.

Bald darauf wurde die Arbeitsgemeinschaft katholischer Frauen- und Jungfrauenvereine im Saargebiet gegründet, deren Vorsitzende Frau Alara Steegmann ist. Beide Verbände arbeiten im freundschaftlichen Verhältnis. Auf dem Lande begann in jenen Jahren die umfassende und vielseitige Wirksamkeit von Helene v. Boppe-Lius in Sulzbach; ähnliche Bestrebungen entwickelten sich in Neunkirchen unter dem Antriebe der Gräfin Sierstorpff geb. von Stumm. In der Stadt Saarbrücken pflegte der interkonfessionelle Stadtverband jeden Winter eine besondere Einrichtung zur Stärkung deutschen Wesens und deutscher Hoffnung; die sogenannten Deutschen Sonntage, Nachmittagsdarbietungen im Turnsaal der Auguste-Viktoria-Schule, in denen

deutsches Märchen, deutsche Dichtkunst, Musik und Malerei in Vorträgen, Lichtbildern und guter dilettantischer Tonkunst vorwiegend einem Publikum aus dem verarmten Mittelstand geboten wurde. Die verstorbene Frau Johanna Jordan war eine unermüdete Helferin dabei; mit welcher Güte beschenkte sie die Kinder zum Martinsfest!

Die Deutschen Sonntage hörten auf, als der „Saarfängerbund“ durch seine kraftvolle Uebung deutscher Musik und seine umfassende Organisation diese Einzelseinrichtung überholte und als die kirchlichen Frauenvereine in Land und Stadt sich entwickelten und neu gegründet wurden, also nach Ostern 1924.“

Was hier wiedergegeben wird, ist nur ein ganz kleiner Ausschnitt aus der vielseitigen, nach deutschen Gesichtspunkten eingestellten Arbeit der Frauenvereine des Saargebietes. Von größter Bedeutung wurde vor allem die schnelle Zusammenfassung der verschiedenen Vereine zu einem Verband bzw. zu einer Arbeitsgemeinschaft. Dadurch bekam die Frauenbewegung von vornherein eine einheitliche Einstellung zu den Fragen, die das Deutschtum betreffen. Auch wurde es dadurch möglich, große Arbeitsgebiete zu übernehmen, die früher nicht zu den Aufgaben der Frauenvereine gehörten, aber für die jetzige Zeit und namentlich für die Verhältnisse an der Saar von allergrößter Wichtigkeit sind, z. B. die Gebiete der staatsbürgerlichen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Schulung der Frauen.

Daß die Frauenbewegung des Saargebietes engste Fühlung mit der gesamten deutschen Frauenbewegung hält und lebhaften Anteil nimmt an allem, was in der deutschen Frauenbewegung vor sich geht, zeigte sich erst kürzlich dadurch wieder, daß an der Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine, die Anfang Oktober d. J. in Eisenach stattfand, mehrere Frauen aus dem Saargebiet teilnahmen und sich eingehend an den Beratungen beteiligten. Ihre vorzügliche Berichterstattung über den Verlauf der Eisenacher Generalversammlung, die in Saarbrücken in einer Versammlung des Vereins für Frauenbestrebungen und in der Presse erfolgte, fand sehr viel Beachtung.

In der letzten Zeit ist man aber auch mehrfach zur Abhaltung großer Tagungen im Saargebiet übergegangen, auf denen führende deutsche Frauen zu ihren saarländischen Schwestern sprachen. So z. B. auf der 9. Generalversammlung der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Frauen- und Jungfrauenvereine des Saargebietes, für die als Rednerin gewonnen war: Frau Reg.-Rat Dr. Philippine Freiin von Hertling-Berlin, Frä. Anna Heitermanns-Köln, Frä. Generalsekretärin Anna Schmidt-Berlin. Zu der Tagung und zu den großen Versammlungen waren Tausende von Frauen aus dem ganzen Saargebiet geeilt, aus Stadt und Land, aus dem Warndt und aus der Pfalz, von den Höhen und aus den Tälern. Auch die katholische Geistlichkeit, an ihrer Spitze Bischof Bornemann aus Trier, war zahlreich erschienen. In ihrer Begrüßungsrede betonte die Leiterin der Tagung, Frau Rechtsanwältin Steegmann, die Liebe der saarländischen Frauen für das deutsche Vaterland: „Unser liebes Vaterland ist“, so sagte sie, „nicht zu uns gekommen, wie Optimisten vergangenen Jahres es erhofften. Nach wie vor sind wir Saarländer äußerlich getrennt vom Mutterlande. Um so inniger und treuer gilt ihm heute unser Gruß. Vor allem unserem hochverehrten Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg. Einmal kommt doch die Stunde, wo die unnatürlichen Grenzpfähle schwinden und heller Jubel erschallt von der Saar bis in alle Gauen Deutschlands über unsere Heimkehr zum Vaterlande.“

Die Sehnsucht der saarländischen Frauen nach der Rückkehr zu ihrem Vaterlande bleibt, das kann immer wieder festgestellt werden, nicht zurück hinter der, der im harten Lebenskampf stehenden Männer; ja man darf wohl sagen, sie ist vorwiegend herzensmäßig eingestellt und daher ursprünglicher und tiefergehend. Ihr Kampf für die Erhaltung des Deutschtums an der Saar ist die wertvollste Ergänzung des Kampfes der Männerwelt. Die vaterländische Arbeit der saarländischen Frauen verdient die größte Anerkennung.

## Wie der Expräsident Stephens über die Saarfrage urteilt.

Der zweite Saarpräsident, der Kanadier Stephens, ist bekanntlich von seinem Posten zurückgetreten, weil er keine Möglichkeit sah, sich gegen die frankophile Mehrheit in der Saarregierung durchzusetzen. In den meisten Entscheidungen sah er nur das saarländische Mitglied Rosmann an seiner Seite, und zwar in allen Fällen, wo es sich darum handelte, die vertraglich festgelegten Rechte der Saargebietsbevölkerung zu beachten. Er konnte die Vergewaltigung dieser Rechte durch die französisch-belgisch-tschechische Mehrheit nicht mehr mit ansehen, auch deshalb nicht, weil der ihm dadurch erwachsene ständige

Merger dermaßen seine Gesundheit zerrüttete, daß ihm sein Arzt dringend riet, seine aufreibende Tätigkeit aufzugeben. Er ist nach dem ersten saarländischen Mitglied Herrn von Bock das zweite ausländische Mitglied der Saarregierung, das wegen dieser unhaltbaren Zustände in der Saarregierung seine Mitarbeit dort einstellen mußte. Vor ihm war bekanntlich auch sein Landsmann Waugh schon aus der Saarregierung ausgeschieden, nachdem er vorher noch einen heftigen Zusammenstoß mit dem damaligen französischen Präsidenten Kautz vor der Völkerbundversammlung in Genf gehabt hatte. Nachdem Herr Waugh in seine



Heimat zurückgekehrt war, nahm er die erste Gelegenheit wahr, um seinen Landsleuten von den unhaltbaren Zuständen, von der Mißachtung der Treuhänderschaft der Saarregierung durch die frantrophile Mehrheit Kenntnis zu geben. Leider haben die damaligen Veröffentlichungen Waugh's dem Völkerbund nicht Anlaß gegeben, daraus die einzig richtige Folgerung zu ziehen und für eine neutrale Zusammensetzung der Regierungskommission des Saargebietes Sorge zu tragen. Es hieß zwar vor einigen Monaten, daß der Belgier Lambert, der jetzt schon 7 Jahre als getreuer Vasall Frankreichs in der Regierungskommission sitzt, zurücktreten werde. Inzwischen ist aber von französischer Seite eine starke Aktion eingeleitet worden, die den Rücktritt Lamberts verhindern soll, oder, falls er doch erfolgt, wieder einen französischen Schleppenträger an seine Stelle bringt.

Inzwischen hat sich der zurückgetretene Saarpräsident Stephens in seiner Heimat von den Aufregungen während seiner Saarbrücker Tätigkeit erholt. Auch er hat das Bedürfnis empfunden, von seinen Erfahrungen in der Völkerbundskommission an der Saar seinen Landsleuten Kenntnis zu geben. So erschien vor einigen Wochen in dem in der Heimatstadt Stephens, Montreal, herausgegebenen „Star“ ein Artikel unter der Überschrift: „Major Stephens spricht über seine Arbeit im Saargebiet. Der frühere Kommissar sagt, die Bevölkerung ist im Herzen deutsch.“ Dieser Artikel baut auf einem Vortrag auf, den Herr Stephens in Montreal über die Saarfrage hielt. Wie das Blatt erklärt, hatten die prominentesten Bürger von Montreal dieser Versammlung beigewohnt und dem in seine Heimat zurückgekehrten Saarpräsidenten einen enthusiastischen Empfang bereitet. Nach einer kurzen Skizzierung der Regierungsverhältnisse im Saargebiet und der drei Möglichkeiten bei der Abstimmung im Jahre 1935 führte Stephens wörtlich aus: „Meiner Meinung nach ist es ganz gleichgültig, ob die Volksabstimmung 1935 oder 1955 stattfindet. Die Saarbevölkerung will zu ihrem deutschen Vaterland zurück.“ „Die Geschichte des Saargebietes“, so fuhr Stephens fort, „ist die Geschichte eines gewagten Regierungsversuches. Die Saarbevölkerung umfaßt 780 000 Personen, die praktisch alle Deutsche sind. Sie werden verstehen, daß 780 000 Deutsche nicht entzückt davon sind, von vier Ausländern regiert zu werden. Die Bevölkerung wurde allen politischen Einflüssen beraubt, und die Presse war sehr feindlich gegen die Regierung eingestellt. Ein besseres Verhältnis zur Bevölkerung wurde erst geschaffen, als die Regierung eine von der Bevölkerung gewählte beratende Körperschaft (Landesrat) einrichtete. Anfanglich wurde jeder Saarländer, der irgendwelche Beziehungen zur Regierungskommission pflegte, von seinen Landsleuten schief angesehen. Ich kann nicht behaupten, daß die Regierungskommission nach sieben Jahren beliebt ist, aber sie hat wenigstens Fühlung gewonnen.“ Zum Schluß erklärte Stephens, er glaube, daß er bei seinem Weggang den Namen Kanada in die Herzen der Saarbevölkerung eingepflanzt zurückgelassen habe.

Der „Saarbrücker Zeitung“ wurde ferner ein Bericht aus Newyork zur Verfügung gestellt, der Ausführungen wiedergibt, die der frühere Saarpräsident Stephens am 19. Oktober 1927 auf einem Bankett der Kanadischen Gesellschaft in Newyork gemacht hat. Dieses Bankett fand zu Ehren des „Czar of the Saar“ (des Zaren der Saar), wie Stephens scherzhaft bezeichnet wurde, statt. Es nahmen daran etwa 400 Herren, und zwar fast ausschließlich Kanadier, teil. Wie es in dem Bericht heißt, schilderte Präsident Stephens in sehr geschickter, zum Teil launiger Weise seine Eindrücke und Eindrücke unter der Saarbevölkerung. Außerordentlich herzlich sprach er seine Anerkennung über diese Arbeit — seine, ordnungsliebende Bevölkerung aus. In einem Sinne stellte er die Bevölkerung und damit die Deutschen seinen kanadischen Freunden sogar als Vorbild hin: Die trotz aller Industrie nicht erloschene Liebe zu Wald und Flur habe ihn wunderbar berührt. Früh suchten schon die Eltern in ihren Kindern die Liebe zur Natur, zum Wald, zu fördern. Herr Stephens erklärte, er sei mit der bestimmten Absicht nach dem Saargebiet gekommen, seine Tür für jedermann offenzuhalten und beiden Parteien mit fair play entgegenzutreten. Er habe sich bestrebt, das bis zum letzten Tag durchzuführen, und er sei stolz darauf, daß diese Absicht beste Früchte getragen habe. Wenn es auch sehr schwer gewesen sei, so sei es ihm doch gelungen, beide Parteien an einem Tisch bei sich zu Gast zu sehen. Dantbar gedachte er des Vertrauens, das ihm die Saarbevölkerung entgegengebracht habe. Zum Schluß erwähnte er noch in humoristischer Form, wie der graue steife Hut, den er bei seinen Autofahrten durch das Saargebiet immer getragen habe, bei der Bevölkerung allgemein bekannt geworden sei. Er gab noch nachträglich seinem Vergnügen Ausdruck, daß ein ähnlicher Hut auf dem Bühnen- und Pressefest im Pressemuseum ausgestellt worden sei mit der Unterschrift „Die Krone des Saargebietes“.

Die Ausführungen des Herrn Stephens machten auf die Anwesenden großen Eindruck.

Es ist auf das herzlichste zu begrüßen, daß Herr Stephens seine Saarbrücker Tätigkeit mit seinem Weggang aus Saarbrücken nicht als abgeschlossen betrachtet, sondern wie sein Landsmann Waugh in seiner fernen Heimat Aufschluß gibt über das Saargebiet, über seine Bevölkerung, über ihre Nöte, ihre mißachteten Rechte und über das völlige Versagen des Völkerbundes. Es scheint fast, als ob sich jene alte Erzählung in den früheren Schulbüchern vom höflichen Kanadier auch heute noch bewahrheitet, daß die „Wilden doch bessere Menschen sind“ als die Europäer mit ihrer übertriebenen Höflichkeit und ihrem angeblich besonders hochstehenden Rechtsbewußtsein. Nur eines ist zu bedauern, daß Kanada weit liegt und die Worte Stephens über das Saargebiet wahrscheinlich Genf kaum erreichen werden, so daß man fürchten muß, daß auch diese nachträgliche Rechtfertigung des Verhaltens der Saargebietsbevölkerung und die Anerkennung ihrer Forderungen durch Stephens keine Auswirkungen im Völkerbund herbeiführen werden.

## Lohnkämpfe der Saar-Eisenbahner.

Aus dem Saargebiet wird uns geschrieben:

Zwischen den Eisenbahnarbeitern des Saargebietes und der Regierungskommission war es zu einem scharfen Konflikt gekommen, der dazu führte, daß zu Anfang dieses Monats die gesamte Eisenbahnarbeiterschaft der Saareisenbahnen in den Streik trat. Die Ursache des Konfliktes ist in erster Linie auf die schlechte Bezahlung der Eisenbahnarbeiter zurückzuführen. Aber auch das Verhalten des Präsidenten der Regierungskommission, Herrn Wilton, hatte zu einer Verschärfung der Lage beigetragen. Er hatte es nämlich abgelehnt, mit den Gewerkschaften über die Lohnfrage zu verhandeln; auch selbst für den Fall, daß die Arbeit wieder aufgenommen würde, lehnte er zunächst eine Verhandlung ab mit der Begründung, daß er die Forderung der Arbeiterschaft wirtschaftlich für untragbar halte.

Daß die Regierungskommission so unmittelbar von der Streikfrage berührt wurde, ist darauf zurückzuführen, daß ihr durch den Versailler Vertrag die Vollmacht zur Verwaltung der Eisenbahnen des Saargebietes übertragen wurde. Sie ist also für die Eisenbahnbediensteten der tatsächliche Arbeitgeber und hat demnach nicht nur die Befugnis, die Eisenbahnen zu betreiben und zu verwalten, sondern auch die Pflicht, die ihr durch den gleichen Vertrag zugewiesene Aufgabe, für die Wohlfahrt der Bevölkerung zu sorgen, gewissenhaft zu erfüllen. Wenn dies schon ganz allgemein für die gesamte Bevölkerung des Saargebietes gilt, dann umso mehr doch wohl für die ihr unmittelbar unterstellten Eisenbahnbediensteten. Aber statt bestrebt zu sein, das Wohlergehen der Eisenbahner sicherzustellen, hat sie z. B.

Mitte Mai dieses Jahres die Löhne erheblich gekürzt mit der Begründung, daß diese Lohnkürzung berechtigt wäre, da der Reallohn gestiegen sei.

Obwohl eine Kollage der Saararbeiter keineswegs anerkannt und ihre Forderungen durchaus berechtigt waren, lehnte die Regierungskommission des Saargebietes selbst eine Vermittlung des Landesrats zu Verhandlungen zwischen Regierungskommission und Vertretern der Eisenbahnarbeiter ab. Es wird das Geheimnis der Saarregierung bleiben, weshalb sie sich hier unter Mißachtung ihres treuhänderischen Auftrages einer Verpflichtung entzogen hat, die sich u. a. aus den klaren Bestimmungen des Saartatuts ergibt. Der Verdacht ist jedenfalls nicht von der Hand zu weisen, daß die Regierungskommission mit einer absichtlichen Verlängerung des Streiks dem Völkerbundsrat gegenüber die Notwendigkeit der Beibehaltung des sogenannten Saarbahnshutzes nachweisen wollte. Dieser Versuch ist ihr dann aber völlig mißglückt, denn nicht das geringste Vorkommnis hätte die Saarregierung veranlassen können, zum Schutz der Bahnanlagen diesen internationalen Truppenschutz einzusetzen.

Nachdem kein Zweifel mehr darüber bestand, daß die Saarregierung ein Verhandeln mit den Eisenbahnarbeitern ablehnte und sich ihren Forderungen gegenüber völlig unzugänglich zeigte, beauftragten die politischen Parteien des Saargebietes die nach Genf entsandte Delegation, den Völkerbundsdelegierten und dem zuständigen Referenten für Minderheitenschutz im Völker-



Bundsekretariat die Notlage der Saareisenbahner an Hand einer Denkschrift darzulegen. Diese Denkschrift gewährt einen guten Einblick in die Verhältnisse an der Saar, weshalb wir sie in ihren wesentlichsten Gesichtspunkten hier wiedergeben. Es heißt darin u. a.:

„Die Eisenbahndirektion des Saargebietes beschäftigt 8300 Arbeiter. Vom 15. Mai 1927 wurde der Lohn aller Gruppen um 8,3 Prozent = 0,34 Fr. pro Stunde abgebaut. Dieser Lohnabbau erfolgte gegen den Widerstand der Gewerkschaften, die darauf verwiesen, daß eine Erhöhung der Kaufkraft des Lohnes nicht erfolgt sei. Seit Mitte August 1927 stellten die Gewerkschaften Anträge um Erhöhung des Lohnes auf den ursprünglichen Stand. Erst Mitte Oktober bewilligte die Regierungskommission einen Vorschuß in der Höhe von 200 Fr., der auf die noch vorzunehmende Lohnerhöhung Anrechnung erfahren sollte. Die Lohnerhöhung wurde später von der Regierungskommission ab 15. Mai 1927 beschlossen, und zwar in Höhe von 0,16 Fr. je Stunde. Der Vorschuß von 200 Fr. wäre damit bis zum 15. November 1927 abgegolten gewesen. Der Regierungskommission war aus den Verhandlungen bekannt, daß die Gewerkschaften und die von diesen vertretenen Arbeiter mit dieser Regelung nicht einverstanden sein könnten. Durch die Auszahlung des Vorschusses hat die Regierungskommission selbst zugegeben, daß der Lohnabbau nicht zu rechtfertigen ist. Sie war auch genügend auf den Ernst der Lage und die evtl. Forderungen aufmerksam gemacht. Trotzdem lehnte sie die Bewilligung der Forderungen der Gewerkschaften, die Löhne pro Stunde um 0,34 Fr. zu erhöhen, ab. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Durchschnittseinkommen der verheirateten Vollarbeiter etwa 750 Fr. pro Monat beträgt.

Was vorauszu sehen war, trat am 2. Dezember ein: Die Arbeiterschaft lehnte die getroffene Regierungsregelung ab und trat in den Ausstand. Die gewählten Volksvertreter, Abgeordnete aller Parteien, versuchten am 3. Dezember bei der Regierungskommission zu vermitteln, um eine Beilegung des Konfliktes zu erzielen. Leider bezeichnete der Präsident Wilton die Erfüllung der über 0,16 Fr. pro Stunde hinausgehenden Forderung als unmöglich und lehnte gleichzeitig darüber Verhandlungen mit den Gewerkschaften ab, selbst dann, wenn die Arbeit wieder aufgenommen würde.

Diese Stellungnahme führte zu einer Verschärfung der Lage, da daraufhin die Eisenbahnarbeiter des ganzen Saargebietes sich dem Ausstand angeschlossen. Es ist klar, daß der Eisenbahnerstreik eine große Erschwerung der Verhältnisse im Gefolge hat. Die Beamten müssen schon zwölf und mehr Stunden täglich Arbeiterdienste verrichten, damit der Güterverkehr nicht völlig zum Stillstand kommt. Die Haltung der Regierungskommission hat auch die Post- und Telegraphenarbeiter in große Erregung versetzt, die gleichfalls den Lohnabbau wie die Eisenbahnarbeiter erlitten haben. Außerdem ist die Bergarbeiterschaft tief erbittert, weil ihr bisher noch keine Vergütung für den Lohnverlust durch die seit April d. J. eingelegten 22 Feiertagen gewährt wurde. Der Streik droht sich auszudehnen, wenn kein genügendes Entgegenkommen gezeigt wird.

Die Bewilligung der von den Gewerkschaften geforderten weiteren 0,18 Fr. pro Stunde ergäbe einen Jahresbetrag von ungefähr 8,2 Mill. Fr. Die gesamte Bevölkerung ist der Überzeugung, daß dieser Mehrbetrag getragen werden kann, ohne weitere steuerliche Belastung des Volkes. Bei einem Haushalt von insgesamt 403 Mill. Fr. ist dieser Betrag von geringer Bedeutung. Er ist bereits im Haushalt mitberücksichtigt, da der Lohnabbau erst nach dessen Aufstellung erfolgte.

Nach diesen Darlegungen ist es wirklich unverständlich, daß es die Regierungskommission zu einem solchen Konflikt kommen lassen konnte.

Nachdem die saarländische Delegation mit dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann in Genf auch in dieser Angelegenheit Rücksprache genommen hatte, suchte sie den für die Saarangelegenheiten im Völkerbund zuständigen Direktor Colban auf, dem sie unter Darlegung der Verhältnisse die Denkschrift überreichte. Direktor Colban nahm zunächst offiziell zu dem Eisenbahnerstreik nicht Stellung, versprach aber, seine ganze Aufmerksamkeit auf die Angelegenheit zu verwenden. Offenbar nahm er darauf mit dem Generalsekretariat des Völkerbundes Rücksicht, denn er gab in einer zweiten Unterredung mit der Saardelegation zu erkennen, daß er bereit sei, die Vermittlerrolle in dem Eisenbahnerkonflikt zu übernehmen.

Noch bevor sich die Bemühungen Direktor Colbans auswirken konnten, hielt es die Saarregierung für geraten, von sich aus Einigungsverhandlungen mit den Eisenbahn-

vertretern vorzuschlagen. Damit hat die Saarregierung zu erkennen gegeben, daß ihr ein Eingreifen des Völkerbundes unerwünscht gewesen wäre, weil sie offenbar überzeugt war, daß sie mit ihrer bisherigen Stellungnahme nicht hätte durchdringen können. Auf Veranlassung der Regierungskommission fanden jedenfalls am 10. Dezember Verhandlungen zwischen der Eisenbahndirektion und der Streikleitung statt, nachdem sich auch der Bürgermeister Dr. Reikes um die Beilegung des Konflikts bemüht hatte. Die Verhandlungen führten nach kurzer Dauer zu der Vereinbarung, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, ohne daß irgendwelche Maßregelungen stattfinden. Dem Angebot der Regierungskommission auf Lohnerhöhung um 16 Centimes pro Stunde wurde zugestimmt unter der Voraussetzung, daß den Eisenbahnarbeitern eine Weihnachtsbeihilfe gewährt wird. Eine Funktionärversammlung der Streitenden stimmte dieser Vereinbarung zu, so daß am 12. Dezember die Arbeit wieder in vollem Umfange aufgenommen wurde.

Der Ausgang dieses Lohnkampfes entspricht nicht dem, was die Saareisenbahner erstrebt haben und erwarten durften. Eine Fortsetzung des Streikes hätte aber wahrscheinlich für die Eisenbahner angesichts der Haltung der Saarregierung schwere materielle Verluste zur Folge gehabt. Daß es überhaupt zum Streik gekommen ist, erklärt sich aus den eigenartigen Verhältnissen im Völkerbundsland an der Saar, wo moderne arbeitsrechtliche Verhältnisse nicht bestehen. Der Streik hat aber erneut den Beweis erbracht, wie sehr die Regierungskommission auf die französischen Interessen Rücksicht nehmen zu müssen. Besonders bedauerlich ist es dabei, daß der Präsident der Saarregierung, Herr Wilton, es überhaupt abgelehnt hat, mit den Führern der Gewerkschaften zu verhandeln und sich über ihre Klagen zu unterrichten. Mit einer solchen Einstellung wird weder dem sozialen Frieden gedient noch der Völkerbundsgedanke gefördert.

Aufgabe einer jeden Regierung sollte es jedenfalls sein, für die Vermeidung von Wirtschaftskämpfen sich einzusetzen. Wenn das schon ganz allgemein gilt, dann sollte eine vom Rat des Völkerbundes eingesetzte Regierung dies als ihre ganz besondere Aufgabe ansehen. Das Verhalten der Regierungskommission des Saargebietes bei dem hier in Rede stehenden Konflikt hat — auch wenn der Streik inzwischen beigelegt wurde — mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß es ihr entweder an der nötigen Einsicht oder an dem guten Willen fehlt. Es ist notwendig, daß sie die in Betracht kommenden Bestimmungen des Versailler Vertrags und das, was in den über das Saargebiet ausgetauschten Noten sowie in der Präambel zum 13. Teil des Versailler Vertrags festgelegt ist, mehr als bisher beachtet. Denn hier ist ausgeführt, daß die Begründung des Weltfriedens nur auf dem Boden der sozialen Gerechtigkeit möglich sei und daß die Arbeitsbedingungen, die Ungerechtigkeit, Elend und Entbehrungen für die Arbeiterschaft mit sich bringen und damit auch große Unzufriedenheit erzeugten, verbessert werden müßten. Im Falle des Eisenbahnerstreiks hat aber die Saarregierung ihre soziale und vertragliche Pflicht nicht erfüllt.

Wie erwähnt, befriedigt das Ergebnis die Eisenbahner keineswegs. Wenn die Eisenbahner auf Grund der Erklärungen der Saarregierung sich zum Abbruch des Streiks bereitfanden, dann einmal, weil sie eine Fortsetzung des offenen Kampfes unter den vorliegenden Umständen für nutzlos hielten und zum andern damit rechneten, daß die Saarregierung eine weitherzige Auslegung ihrer Zusagen in der Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe bekunden würde. Diese letztere Annahme hat sich jedoch nicht bestätigt. Nach den Mitteilungen, die sie den Gewerkschaften der Saareisenbahner hat zugehen lassen, gedenkt sie die Weihnachtsbeihilfe so zu regeln, daß für jede Frau und jedes Kind 50 Franken gewährt werden sollen. Die Ledigen dagegen sollen leer ausgehen, sofern sie nicht Familienzulage beziehen. Diese Mitteilung hat bei der Eisenbahnerschaft nicht nur große Enttäuschung, sondern erneut tiefgehende Erregung hervorgerufen, da man mit einem doppelten Betrag gerechnet hatte. Unter diesen Umständen kann von einer Abschwächung der Spannung zwischen den Eisenbahnern und ihrem Arbeitgeber nicht gesprochen werden. Mehr denn je herrscht bei der Arbeiterschaft das verbitternde Gefühl, daß die Regierungskommission ihre Macht rücksichtslos ausnützt und das den Eisenbahnern zustehende Recht auf anständige Bezahlung verweigert. Das Rechtsgefühl der Arbeiter ist dadurch schwer gekränkt. Es liegt also allein bei der Regierungskommission, das Vertrauen der Arbeiterschaft zu dem Rechtsempfinden und dem sozialen Gefühl der Saarregierung zu stärken. Ihr bisheriges Verhalten hat gerade das Gegenteil bewirkt.



## Der Stand der Saarfrage.

Die vom Arbeits-, Beratungs- und Aufsichtsausschuß der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ veranstaltete Vortragsveranstaltung über den Stand der Saarfrage am 30. November im Plenarsitzungsraum des Reichswirtschaftsrates, die wir schon in unserer letzten Nummer kurz erwähnten, nahm einen erfolgreichen und für die Weiterarbeit des Bundes der Saarvereine wertvollen Verlauf. Eine große Reihe von Vertretern der verschiedenen in Frage kommenden Ressorts der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung, ferner eine erfreulich große Zahl von Angeordneten des Reichs- und Preussischen Landtages, Vertreter wirtschaftlicher Organisationen und der Presse waren erschienen. Die einzelnen Referate wurden von Vertretern politischer Parteien und Führern im Abwehrkampf des Saargebietes gehalten. Ihre Ausführungen hinterließen bei allen Erschienenen den nachhaltigsten Eindruck, da durch sie nicht nur der Stand der Saarfrage an sich aufgezeichnet, sondern auch auf jene Gefahren hingewiesen wurde, die bei der veränderten Taktik der französischen Saarpolitik dem Saargebiet und den deutschen Interessen an der Saar erwachsen oder im Entstehen begriffen sind. Wir, die wir in der Saarvereinsarbeit stehen, können mit Genugtuung und Beruhigung feststellen, daß unsere kritische, um nicht zu sagen pessimistische Beurteilung der Lage in der Saarfrage von allen Rednern eine reifliche Bestätigung erfahren hat. Wenn auch zunächst keinerlei Grund für eine ernstere Sorge vorhanden ist, so bewiesen die Ausführungen der drei Hauptredner der Veranstaltung, daß es das Verheerendste und Gefährlichste wäre, wenn man sich auf den Standpunkt stellte, daß die über jeden Zweifel erhabene, zuverlässige Haltung der Saargebietsbevölkerung jegliche Ueberraschung ausschliesse. Von den Rednern ist unsere wiederholte zum Ausdruck gebrachte Feststellung bestätigt worden, daß ein nun bereits neun Jahre geführter Abwehrkampf eine Bevölkerung mit der Zeit widerstandsfähiger machen muß, da Nerven, Herzen und Seelen zermüht werden; es ist weiter bestätigt worden, daß in einem solchen Kampf bei zunehmender Wirtschaftsspannung sich Mißstimmungen innerhalb des deutschen Lagers entwickeln müssen, die sich unter Umständen politisch verhängnisvoll auswirken können. Angesichts der im Saargebiet festzustellenden Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiet ist von allen Rednern unser Standpunkt unterstrichen worden, daß wirtschaftliche Rückschlüsse im Saargebiet leicht auch zu politischen Rückschlüssen führen können.

Für den Saarverein brachte die Veranstaltung noch insofern eine Genugtuung, als erneut der Wunsch ganz allgemein zum Ausdruck gebracht wurde, eine lebendigere, regelmäßiger Fühlungnahme zwischen den Vertretern der politischen Parteien des Saargebiets und des Saarvereins herbeizuführen. Es ist dies die von uns schon immer vertretene Auffassung, daß der Kampf um die baldige Befreiung des Saargebiets um so erfolgreicher geführt werden kann, je systematischer und je einheitlicher alle Faktoren ihre Arbeit darauf einstellen. Gerade das Beispiel, das Pfarrer Schlich über die Zersplitterung der diplomatischen Arbeit in der Saarfrage anführte, beweist, wie dringend notwendig es ist, daß auch die politische Arbeit nach einheitlichen Gesichtspunkten auf gemeinsam aufgestellter Arbeitsbasis durchgeführt werden muß.

Und noch ein zweites, besonders erfreuliches Moment hat diese Vortragsveranstaltung gezeigt: Seit langer Zeit ist es zum ersten Male wieder geschehen, daß die saarländische Sozialdemokratie durch einen ihrer prominentesten Vertreter in der Person des Chefredakteurs Braun gemeinsam mit den Vertretern anderer Parteien ein Referat im Saarverein übernommen hatte. Pfarrer Schlich leitete daraus die Hoffnung her, daß es gelingen möge, nunmehr auch im Saargebiet wieder in gemeinsamer Front von rechts bis links den Kampf zu führen, der der Freiheit und der Zukunft des Saargebiets gilt. Das äußerlich einheitliche Auftreten der saarländischen Delegationen während der soeben abgeschlossenen Dezbembertagung des Völkerbundsrats in Genf darf vielleicht schon als die erste Auswirkung der Berliner Besprechung und als die erste leise Annäherung neuer Beziehungen zwischen Sozialdemokraten und den übrigen politischen Parteien angesehen werden. Jedenfalls lassen die Ausführungen, die Chefredakteur Braun in Berlin gemacht hat, den Schluß und die Hoffnung zu, daß von sozialdemokratischer Seite des Saargebiets keine grundsätzlichen Schwierigkeiten gemacht werden, mit den übrigen Parteien des Saargebiets zusammenzuarbeiten, wenn es sich darum handelt, die nationalen, politischen und wirtschaftlichen Kräfte zusammenzufassen, um den verschiedenen Gefahren, die dem Saargebiet von Westen her drohen, in starker Einheitsfront entgegenzutreten.

Die Vortragsveranstaltung wurde von dem Vorsitzenden des Arbeitsausschusses der Geschäftsstelle Saarverein Bergassessor Dröge-Berlin mit begrüßenden Worten an die Erschienenen eröffnet. Aus dem starken Besuch entnahm er die Ueberzeugung, daß das Vertrauen zum Werke des Saarvereins im steten Wachsen begriffen sei und daß die vom Saarverein bisher geleistete Arbeit gewürdigt werde. Mit besonderer Genugtuung stellte er die Anwesenheit einer Reihe von Freunden des Saarvereins aus dem Saargebiet fest. Im übrigen wies er auf den Grundgedanken der Veranstaltung hin, durch vertrauensvolle Aussprache über die Vorgänge im Saargebiet unter Wahrung voller Ueberparteilichkeit ein Zusammenwirken aller in Frage kommenden Faktoren herbeizuführen. Eine solche Zusammenarbeit auch innerhalb des Saarvereins erweise sich um so notwendiger, als aus Frankreich in den letzten Wochen wieder Töne zu uns herüber klingen, die unsere ganze Aufmerksamkeit erforderten. Die französischen Hoffnungen, auf irgendeinem Wege die völlige Rückkehr des Abtrennungsgebietes zum deutschen Vaterlande zu verbauen, seien durchaus noch nicht aufgegeben worden. Die wechselnden Einflüsse, die sich auch jetzt in der sich augenblicklich im Beharrungszustand befindlichen Regierungskommission bemerkbar machen, zwingen auch in Zukunft auf der Hut zu sein.

Der Vorsitzende des Bundes der Saarvereine, Oberlandesgerichtsrat Andres, gab dann zunächst einen kurzen Ueberblick über Aufbau und Tätigkeit des Bundes. Die Arbeit des Bundes werde auf völlig überparteilicher Basis geführt, ausgehend von dem Standpunkt, daß alle Parteien des Saargebiets wie des übrigen Deutschlands in bezug auf die Forderung der baldigen Rückkehr zum Vaterland eines Sinnes sind. Der Bund der Saarvereine wende sich daher nicht an einzelne Parteien, sondern an das ganze deutsche Volk. Oberlandesgerichtsrat Andres schilderte dann die mannigfachen Hemmnisse, die sich seiner Arbeit entgegengestellt haben und stellte dabei fest, daß die zurückliegenden acht Jahre Saarvereinsarbeit gezeigt hätten, daß der Saar-Verein notwendig war und daß er gefehlt hätte, wenn er noch nicht bestanden hätte. Zum Schluß ging er noch kurz auf die politische Bedeutung der Saarfrage ein, die in erster Linie eine Frage des deutschen Prestiges darstelle.

Das Referat des Landratsabgeordneten Schmeller-Saarbrücken mußte leider ausfallen, da der Referent plötzlich erkrankt war. Als erster Redner sprach daher der Präsident des Saarlandestages, Redakteur Scheuer-St. Ingbert, über

### „Entstehung und Entwicklung des Saarlandestages.“

Er führte u. a. aus:

Die Rückkehr des Saargebietes zum deutschen Mutterland ist nicht nur eine Frage des politischen Willens der Bevölkerung, sondern auch eine Angelegenheit sehr nüchternen realpolitischer Dinge, und zur Würdigung dieser Fragen gehört vor allem auch eine rein sachliche Würdigung der Rechte, die die Bevölkerung im Saargebiet hat. Der Rechte, die sich besonders auch äußern in einer Verwaltung, wie sie im Zeitalter der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechts der Völker in ihrer nüchternen Zweckmäßigkeit eigentlich selbstverständlich sein sollten. Im Versailler Vertrag sind eine ganze Reihe von Paragraphen enthalten, die dem Selbstverwaltungsrecht im Saargebiet ziemlich weitgehend Rechnung tragen. Es heißt z. B. in den Paragraphen 23 und 25 des Versailler Vertrages, daß etwa notwendig werdende Änderungen von am 11. November in Kraft gewesenen Gesetzen nur nach Anhörung der Vertreter der Bevölkerung beschlossen und durchgeführt werden sollen. Es heißt im Paragraphen 4, daß in keiner Weise die Rechte auf Alters- und Invalidenrenten beschnitten werden, die sich die Bevölkerung des Saargebiets erworben hat, und nach § 12 bleiben die Rechte der Arbeiter bestehen, die am 11. November bestanden. Ähnlich lauten noch eine ganze Reihe von anderen Bestimmungen, und daraus erklärt es sich, daß in der ganzen Öffentlichkeit direkt anfänglich die Meinung bestand, der Bevölkerung des Saargebiets werde es auch unter den veränderten Verhältnissen, wie sie der Versailler Vertrag mit sich brachte, jedenfalls nicht schlechter gehen.

Nun, die Dinge sind etwas anders geworden. Am 26. Februar hielt die Regierungskommission ihren Einzug. Wir waren bis dahin hinsichtlich der politischen Freiheit wirklich nicht verwöhnt, denn wir gehörten zum besetzten Gebiet. Die Regierungskommission erließ bei ihrem Einzug eine Proklamation, in der sie erklärte, daß sie das Vertrauen der Bevölkerung erwerben wolle und daß sie keine Ausbeutung der Bewohner dulden werde, aber von einer Wiederherstellung der Pressefreiheit war in der Proklamation nichts zu finden. Sie enthielt vielmehr eine versteckte Drohung dahingehend, daß der Friedensvertrag die Regierungskommission nicht ohne Machtmittel gelassen habe.

Die Bevölkerung nahm in fünf großen Versammlungen zu der Proklamation Stellung und erklärte sich grundsätzlich bereit, auf dem Boden des Versailler Vertrages loyal mit der Regie-



zungskommission zusammenzuarbeiten. Mehr war von einer Bevölkerung, die entgegen ihres einmütigen Willens vom deutschen Mutterlande getrennt worden war, wirklich nicht zu verlangen. Die Bevölkerung stellte in diesen Versammlungen gleichzeitig ihre Forderungen auf, Forderungen, die durchaus im Rahmen des Versailler Vertrages gelegen waren. Der Erfolg dieser Kundgebungen bestand darin, daß dies alles als „Berliner Mache“ denunziert wurde und darauf hin ein System der Unterdrückungen und Ausweisungen einsetzte mit der Krönung der Verhängung des Belagerungszustandes. Nach diesen Maßnahmen legte das deutsche Mitglied der Regierungskommission, Herr v. Boch, sein Mandat nieder, weil es diese Politik nicht mehr mitmachen konnte.

So gingen die Dinge bis zum September 1921, als sich die politischen Parteien gemeinsam zusammenfanden und nach Genf zum Völkerbund fuhren, der die Regierungskommission ja geschaffen hatte. Man wird fragen, warum die Parteien nicht früher nach Genf gegangen sind. Die Antwort gibt die Denkschrift, die damals in Genf überreicht wurde und in der es heißt, „daß das autokratische Vorgehen der Regierungskommission und die Politik der Ausweisungen der französischen Militärs sich als Einschüchterungsmittel bemerkbar gemacht haben, daß die Parteien aber nicht länger zusehen konnten und es für ihre Pflicht erachteten, auf diese Dinge den Völkerbund aufmerksam zu machen.“

Die Bevölkerung verstand die Paragraphen 23 und 25 doch dahin, daß die Regierung gehalten sei, in dieser Frage die Bevölkerung zu hören und die Ansichten und Wünsche der gewählten Vertreter als Grundlage ihrer entsprechenden Gesetze zu machen. Die Regierungskommission legte sie aber anders aus. Sie dachte zunächst überhaupt nicht daran, eine Volksvertretung zusammen zu berufen, ein Parlament zu errichten. Sie sah als gewählte Volksvertreter die Angehörigen der Kreis- und Bezirksräte an. Dabei war der Nachteil, daß das Saargebiet aus acht Kreisen besteht und daß es nicht möglich war, in kurzer Zeit eine einheitliche Stellungnahme der acht Kreise zustande zu bringen. Die Bevölkerung mußte die Erfahrung machen, daß die Regierungskommission sich keineswegs dazu verstand oder sich verpflichtet fühlte, die Ansichten der Bevölkerung zu hören, um erst dann ihre endgültigen Gesetze zu schaffen.

Das konnte natürlich unmöglich hingenommen werden, und wenn man so will, so befanden wir uns mit diesem Widerspruch in ganz guter Gesellschaft, denn selbst der chinesische Gesandte in London, der damals Berichterstatter im Völkerbund für die Saarfragen war, hat im Verlauf der Ratssitzung im März 1922 gesagt, daß die bisherige Art der Anhörung der Bevölkerung sich nicht bewährt habe. Am 24. März erschien dann eine Verordnung der Regierungskommission zur Errichtung eines Landesrats und eines Studienausschusses. Der Studienausschuß, der aus acht Mitgliedern bestehen soll, die von der Regierungskommission ernannt werden und die aus dem Saargebiet stammen müssen, sowie kein öffentliches Amt haben dürfen, hat keine andere Aufgabe, als daß er die Regierungskommission beraten soll. Die Ausschußberatungen finden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und man hat seitdem eigentlich von ihm nichts mehr gehört.

Dagegen rief die Verordnung über den Landesrat bei der Bevölkerung das größte Interesse hervor. Aber noch größer war die Enttäuschung, welche die Verordnung infolge ihres Inhalts auslöste. In der Einleitung war zwar wieder die Rede von der Absicht der Regierungskommission, ein enges Einvernehmen mit der Bevölkerung zu schaffen, es war auch angekündigt, daß vor jeder Entscheidung über Gesetze und Abgaben die Gesamtvertretung der Bevölkerung gehört werden solle. Aber was in den 10 Artikeln gesagt war, das kann unmöglich als eine Erfüllung der aufgestellten demokratischen Forderungen erachtet werden. Wahlberechtigt sollten nur sein die Saareinwohner, wählbar gar nur im Saargebiet geborene und ansässige Personen. Den Vorsitzenden ernennt die Regierung, und der Landesrat kann nur über solche Dinge gutachtlich beraten, die ihm von der Regierungskommission überwiesen werden. Insbesondere sind alle Anordnungen und Vorschriften der Regierungskommission ohne Anhörung des Landesrates wirksam, die auf Grund des Versailler Vertrages im Saargebiet erlassen werden. Der einzige Fortschritt besteht darin, daß die Verordnung der Regierungskommission über den Landesrat eine einheitliche Stellungnahme der Bevölkerung bzw. der politischen Parteien möglich machte. Aber daß die Auffassungen des Landesrats auf die Erlasse der Regierungskommission auch bestimmenden Einfluß haben sollen, darüber enthielt die Verordnung keinerlei Zusage. Die Parteien legten der Regierungskommission und dem Völkerbund auch ihre Auffassung vor, was aber darauf in der Genfer Antwort gesagt wurde, das war bezeichnend für die ganze Einstellung, die im Völkerbund hinsichtlich des Regimes im Saargebiet herrschte.

Der amtliche Berichterstatter im Völkerbund, der Chinese Wellington Koo, beglückwünschte die Regierungskommission zu den in der Landesverordnung festgelegten Grundsätzen für die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung und erklärte ausdrücklich, es wäre für die Regierungskommission unzulässig, entgegen den Friedensvertrag ein saarländisches Parlament zu errichten. Obwohl der Landesrat nicht das Recht habe, über die grundsätzliche Politik im Saargebiet zu beschließen, scheine eine glückliche Wirkung der Verordnung zu sein, daß die gewählten Vertreter dazu berufen seien, „vom Haushaltsplan Kenntnis zu nehmen, was bisher nicht der Fall war.“

Auf diesen Standpunkt stellte sich nicht nur der chinesische Berichterstatter, sondern der ganze Rat und er bekräftigte die Regierungskommission im allgemeinen und deren Präsidenten Rault im besonderen in der Innehaltung ihres bisherigen Verwaltungsvorgangs. Er war eine Sanktionierung der von der Regierungskommission selbständig unternommenen Schritte. Damit war die Hoffnung auf eine baldige Aenderung der Verfassung der Volksvertretung zugunsten größerer Freiheiten zunichte und es bedeutet ein ganz schwacher Trost, den ein, allerdings einflußreiches Ratsmitglied der Delegation mitgegeben hat: „Wir haben Euch den Landesrat gegeben als eine Tribüne, von der aus Ihr an die Welt sprechen sollt. Gebraucht tüchtig diese Tribüne, und wenn es sich zeigen sollte, daß zu wenig Raum darauf ist, so kann man ja von der Verbreiterung sprechen.“

So lagen die Dinge, als die Wahl zum ersten Landesrat des Saargebiets ausgeschrieben wurde. Die politischen Parteien waren sich noch nicht schlüssig, ob sie zu dieser Körperschaft wählen sollten. Aber die Erkenntnis, daß die zu wählende Körperschaft, die bei aller Einschränkung ihrer Befugnisse immerhin einen Fortschritt darstellte und von gewissem Wert für die Bevölkerung war, und daß sie durch Ernennung der Mitglieder durch die Regierungskommission, wenn nicht von den großen Parteien, dann von Gruppen und Grüppchen doch gebildet werden würde, bewog die großen politischen Parteien, sich an der ausgeschriebenen Wahl zu beteiligen. Am 25. Juni fand die erste Wahl statt und auf den 1. Juli wurde die erste Sitzung einberufen. Zur Eröffnung legte die Regierungskommission eine Botschaft vor. Nach einigen einleitenden Begrüßungsworten erklärte die Regierungskommission in dieser Botschaft es für ihre Pflicht, klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen, auf welcher Grundlage ein nütliches Zusammenarbeiten zwischen ihr und dem Landesrat sich herbeiführen ließe. Dann wird dem Landesrat wiederum vorgehalten, daß er nur zu beraten habe, und zwar nur Fragen, die ihm die Regierungskommission vorlege. Die Regierungskommission drückt die Zuversicht aus, daß die Mitglieder des Landesrates sich auf den Boden der Verhältnisse stellen d. h., daß sie mit der Regierung einig gehen sollten. Eine Ansprache über diese Botschaft wurde von vornherein von der Regierungskommission abgelehnt.

Der Landesrat stellte sich auf den Standpunkt, es könne unter keinen Umständen zugelassen werden, daß der Landesrat die Botschaft nicht zum Gegenstand einer Aussprache mache. Die Parteien konnten von einer Erklärung zu der Botschaft nicht absehen. Ihre Vorstellungen bei der Regierungskommission endeten schließlich nach langen Verhandlungen mit dem 1. Erfolg, daß den politischen Parteien gestattet wurde, zu der Botschaft eine Erklärung abzugeben. Allerdings erklärte die Regierungskommission ausdrücklich, daß dieses Entgegenkommen nicht als Präzedenzfall für die Zukunft angesehen werden dürfe. Aber es gelang der Versuch, von der Tribüne des Landesrats aus der Welt zu sagen, was mit der Bevölkerung an der Saar geschieht und wie sie fühlt, was die sämtlichen Parteien mit herzerfrischender Offenheit taten. Ihre Forderungen gipfelten wiederum in den folgenden Sätzen: Die Botschaft der Regierungskommission hat uns trotz ihrer verbindlichen Form enttäuscht. Das einzige Positive ist das noch schärfere Hervorheben der Tatsache, daß der Tätigkeit des Landesrats äußerst enge Grenzen gezogen sind, die es ihm unmöglich machen, zum Wohle des Saargebietes zu arbeiten. Die Parteien erwarten von der Regierungskommission, daß sie sich für eine baldige Abänderung der Verordnung über die Bildung eines Landesrats beim Völkerbund einsetzt, die seine Tätigkeit stärker einengt, als es nach dem Versailler Vertrag zulässig ist. „Wir verlangen das Interpellationsrecht für den Landesrat und die Unverletzlichkeit der Abgeordneten. Wir verlangen weiter, daß die Regierungskommission nicht ohne unsere Zustimmung verordnet. Wir erblicken darin einen Verstoß gegen die elementarsten Rechte des Volkes. Den schärfsten Einspruch aber müssen wir erheben gegen den Artikel 4 der Regierungsvorlage, weil er die nicht im Saargebiet wohnenden Saarländer von der Wählbarkeit ausschließt. Der Versailler Vertrag macht in dieser Beziehung gar keinen Unterschied zwischen hier geborenen und nicht hier geborenen Bewohnern des Landes. Wir erklären feierlich, daß wir weiterhin auf dem Boden der Politik stehen, wie sie von unseren Vertretern in Genf entwickelt worden ist.“

Das waren die Forderungen der Parteien gleich in der ersten Sitzung. Und wenn von den aufgestellten Forderungen



In der Folgezeit auch keine einzige erfüllt wurde, so wurden doch diese Forderungen immer und immer wieder bei jeder sich bietenden Gelegenheit wiederholt. Geändert hat sich rechtlich und gesetzlich in bezug auf die Befugnisse des Landesrats seitdem nichts. Aber es hat, das muß anerkannt werden, in der Folgezeit doch allmählich eine größere Bewegungsfreiheit für den Landesrat gegeben. Die Regierungskommission macht heute keine Schwierigkeiten mehr, wenn im Landesrat Anträge gestellt werden. Sie gibt auch in durchaus selbstverständlicher Weise durch ihren Staatskommissar Antwort auf Anfragen, die außerhalb der Tagesordnung gestellt werden und sie ist jederzeit bereit, in direkte Aussprache mit den Fraktionen einzutreten. Das sind die Erfolge, wenn man sie als solche bezeichnen kann. Aber sie treffen in keiner Weise den Kern des ganzen Problems und diese Fortschritte haben die Forderung, daß die Gutachten zur Grundlage der endgültigen Gesetze gemacht werden und daß so der Landesrat auf die Gesetzgebung maßgebenden Einfluß gewinnt, um keinen Schritt weiter gebracht.

Diese Dinge sind zu beachten, wenn man klar sehen und über den Landesrat sich ein richtiges Urteil bilden will, das gerade im Hinblick auf die bevorstehenden Neuwahlen zum Landesrat sowohl außen- wie innenpolitisch von großer Bedeutung ist. Bei dem herrschenden Regime im Saargebiet kann die Bevölkerung eigentlich nur etwas erreichen, wenn sie geschlossen vorgeht. Die Geschlossenheit haben wir im Saargebiet uns ziemlich mustergültig bewahrt. Wir sind mit fünf Parteien ausgekommen, gegenüber den Verhältnissen im Deutschen Reich immerhin ein bemerkenswerter Zustand. Den großen politischen Parteien liegen aber auch schwere Aufgaben ob, die wohl nur zu erfüllen sind mit Einmütigkeit. Im nächsten Frühjahr sollen Neuwahlen zum Landesrat erfolgen. Der Wahlkampf wird von den Parteien so zu führen sein, um eine Steigerung der Auswirkungsmöglichkeiten des Landesrats nicht zu unterbinden. Denn obwohl der Landesrat kein gesetzliches Recht hat, Beschlüsse zu fassen und Anträge zu stellen, haben die politischen Parteien immer und immer wieder die Forderungen erhoben, die sie aus rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen für notwendig erachteten. Sie mußten das tun, wenn auch nur, um der Regierungskommission und dem Völkerbund zu sagen, worunter und warum die Bevölkerung leidet. Bei der Wahl selbst werden die Parteien aber den Wahlkampf auf der Grundlage ihrer prinzipiellen Einstellung führen müssen, um auch in die Kreise, die ein Interesse daran haben, eine Brücke zu finden. Wollte man solche prinzipiellen Feststellungen ausschalten, dann bestünde außenpolitisch die Gefahr, daß dem Völkerbund die Meinung beigebracht werden könnte, das Saarvolk sei noch nicht reif für eine Selbstverwaltung und es müßten die jetzigen Zustände beibehalten werden. Die zweite Gefahr besteht darin, daß die Wahlbeteiligung eine derart minimale werden könnte, daß es ein Leichtes wäre, dem Völkerbund zu suggerieren, die Bevölkerung habe kein Interesse an der Selbstverwaltung und das einmal eingeführte Regime müsse beibehalten werden.

Dem Saarverein und seinem Organ liegt die schöne Aufgabe ob, den Kampf der Bevölkerung um den Wiederanschluß an das Reich zu erleichtern und zu unterstützen. Man muß dem Saar-Verein das Zeugnis ausstellen, daß er ungemein rührig war und mit außerordentlichem Organisationstalent bis jetzt gearbeitet und auch bemerkenswerte Erfolge aufzuweisen hat. Aber es will mir scheinen, daß eine noch engere Verbindung des Saarvereins mit der Saarbevölkerung selbst ratsam wäre, daß alle Stellen des Saarvereins in die Lage versetzt werden, diese Verbindung mit der Saarbevölkerung zu pflegen und auszubauen, um weiterhin in seinen Veröffentlichungen und in den leitenden Stellen die Tätigkeit so zu entfalten, wie es im Interesse der Sache liegt. Dazu gehört vor allen Dingen auch eine Kenntnis der Dinge und daß der Saarverein durch die Mithilfe von allen in Betracht kommenden Stellen in die Lage versetzt wird, die Voraussetzungen für ein noch erfolgreicherer Wirken zu schaffen. Dazu möchte ich Ihnen heute ein herzliches Glückwünschen zursprechen. (Starker Beifall und Bravorufe.)

Das nächste Referat hielt Chefredakteur Braun-Saarbrücken über

#### Sozial- und wirtschaftspolitische Fragen.

Er führte u. a. aus:

Augenblicklich und voraussichtlich auch für die nächste Zukunft werden im Saargebiet Wirtschaftsfragen im Mittelpunkt des Interesses stehen. Die Saarkwirtschaft kämpft heute mit weit schwierigeren Verhältnissen als das augenblicklich bei den politischen Fragen der Fall ist. Man muß auch sagen, daß die aktuellen politischen Fragen sich an Bedeutung den brennenden Fragen der Saarkwirtschaft zurzeit nicht gleichwertig an die Seite stellen können. Damit soll das Primat der Außenpolitik nicht angezweifelt werden, aber man muß sehr bedauern, daß die Arbeit der politischen Parteien auf wirtschaftlichem Gebiet bisher nicht die

gleichen Erfolge erzielte, wie auf dem politischen. Bei den an der Saar besonders flüssigen Grenzen, die zwischen Wirtschaft, Sozialgesetzgebung und Politik bestehen, ist die Gefahr eines Rückschlages von der Wirtschaft auf den Lauf der politischen Dinge wieder in Besorgnis erregender Maße akut geworden. Der „Saar-Freund“ hat bereits in seiner Nummer vom 15. November sehr richtig auf diese Gefahr hingewiesen.

Alle politischen Erfolge haben naturgemäß auch indirekten politischen Einfluß. Es ist aber zu bedauern und auch verwunderlich, daß eine direkte rein wirtschaftliche Kampfrichtung mit entsprechendem Programm bisher nicht zu verzeichnen war. Bei der außerordentlich großen wirtschaftlichen Bedeutung des Saargebiets mit seiner jahrzehntealten Kohlen-, Eisen-, Glas- und keramischen Wirtschaft, zu der neuerdings Möbel-, Seifen-, Textil-, Tabak-, Holz- und Lederindustrie gekommen sind, ist diese Tatsache erstaunlich. Sie wird aber historisch erklärlich durch die völlige Konzentration des Abwehrkampfes gegen die politischen Annexionspläne des französischen imperialistischen Bloc nationale und seinen oftmals geradezu kolonialen Methoden. Man hat zwar keinen Augenblick übersehen, daß mit dem nationalen Bloc auch das Comité des Forges einhermarschierte und daß die Uebergabe der Bergwerke an die Regierung des nationalen Blocs ebenso wie die Ueberfremdung der Saar-Industrie eine erhebliche politische Bedeutung hat. Aber damals ging man von der ganz richtigen Auffassung aus, daß die politische Deutschbehaftung des Saargebiets auch zugleich als wirtschaftlicher Abwehrkampf wirken würde.

Auch die der gewaltsamen Ueberfremdung folgende Politik der Pénétration pacifique erzeugte, von dem notgedrungenen Abwehrkampf abgesehen, keine aktive Wirtschaftspolitik an der Saar mit einem einheitlichen rein wirtschaftlichen Ziel. Das lag einerseits neben der Konzentration auf den politischen Kampf an der Anebelung des Saargebiets während der Zeit des Bloc nationale und zum anderen auch darin, daß eine so einfache schlagkräftige leichtverständliche und agitatorisch ausnehmbare Formel, wie sie für die Politik durch die Parole von der Rückführung der Saar nach Deutschland gegeben war, wirtschaftlich nicht zu Gebote stand und infolgedessen durch die Wahrnehmung der reinen Wirtschaftsinteressen des Saargebiets zunächst viel weniger im Bewußtsein der breiten Volksmassen des Saargebiets verankert werden konnte.

Heute haben sich die Dinge geändert. Man diskutiert heute sehr lebhaft bis in die letzten Bergarbeiterkreise hinein über Saarkwirtschaftsfragen und die einheitliche Idee, die ja in Wirklichkeit tatsächlich immer vorhanden war, und die hervorzuziehen nur eines besonderen Anstoßes unter besonderen Verhältnissen bedurfte. Um die Diskussionsgrundlage auch im Bewußtsein der breiten Massen festen Fuß fassen zu lassen, wird für die kommende Zeit das A. und O. saarländischer Betätigung sein.

Die Schmerzen, die heute die Saar bedrücken, sind solche der Zölle, der Kohlenwirtschaft, des Verkehrs und der Steuer. Vor allem der Kohlenwirtschaft, weil sie es ist, über die am lebhaftesten diskutiert wird; die politischen Gefahren liegen auf diesem Gebiete in besonders großem Maße. Wir stehen hier an einem entscheidenden Punkt. Jetzt wird sich entscheiden Aufstieg oder Untergang der Kohlenwirtschaft an der Saar. Wir stehen in der saarländischen Kohlenwirtschaft natürlich auch unter den Einwirkungen der allgemeinen Krisenerscheinungen des europäischen und Weltkohlenmarktes. Die Ueberproduktion auf dem Kohlenmarkt und die sich dadurch fortgesetzt verschlechternden Verhältnisse beim Absatz treffen die Saar genau so stark, wie die übrigen Kohlenproduktionsgebiete, ja, stärker, da sie keine besonders gute Konkurrenzbasis hat. Ob der Weg eines internationalen Kohlentariffs nach dem Vorbild des Eisenpactes beschritten werden wird, ist auch für die Saar eine Lebensfrage, auf die allerdings sie selbst nur wenig Einfluß hat, solange nicht die beiden Hauptkontraahenten, Ruhr und England, auf den Weg einer Einigung geraten, wozu allerdings die Aussichten trotz der Arbeitskämpfe und trotz der immer weiter angepannten Konkurrenzmaßnahmen sehr gering sind.

Für die Saarkohlenwirtschaft kommt aber ein weiteres Moment hinzu. Das ist die Umklammerung durch den lothringischen Bergbau, der durch die Förderanlagen von La Houve bei Kreuzwald, durch die von Saar et Moselle bei Freimengen, Merlenbach usw. und durch jene von de Wendel bei Klein-Rosseln, die nicht nur infolge besonders guter Ergebligkeit der dortigen Kohlenflöze, nicht nur durch niedrigere Selbstkosten, tiefere Löhne, wie auch verlängerte Arbeitszeit, durch besonders moderne Anlagen und günstige Frachtlage dem Saarbergbau große Konkurrenz macht, sondern auch in eines der ergiebigsten Kohlenvorkommen der Saar, in den sogenannten Warndt auf saarländisches Gebiet eingebrungen ist. Die Verpachtung der dortigen ergiebigsten Kohlenflöze von 5 bis 20 Meter Dicke an Saar et Moselle soll durch die Verpachtung der Grube Ressen an de Wendel noch verstärkt werden. Diese lothringischen Gruben haben ihre Produktion nahezu verdoppelt und treten



als schärfster Konkurrent der Saarkohle im typischen Kohleneinfuhrland, nämlich Frankreich, neben Belgien im übrigen Deutschland und England und neben der unendlich gesteigerten innerfranzösischen Eigenproduktion gegen die Saarkohle auf. Außerdem haben sich die Absatzgebiete der Saarkohle mittlerweile stark verschoben. Von der Produktion werden abgesetzt 20 Prozent im Saargebiet, 40 Prozent in Frankreich, 13 Prozent in anderen Gebieten und nur noch 7 Prozent in Süddeutschland. Mit der Steigerung der französischen Kohlenproduktion ist eine weitere Verringerung des Absatzes nach Frankreich unausbleiblich. Auf dem süddeutschen Absatzgebiet steht die Saarkohle in schwerstem Konkurrenzkampf mit der Ruhrkohle.

Angeichts dieser schwierigen Lage ist eine Rentabilität des Saarkohlenbergbaues nur möglich: 1. durch Verbesserung seiner Absatzverhältnisse auf besonders frucht günstigen Verkehrswegen, sei es durch einen Saar-Pfalz-Kanal, sei es durch einen Großschienenweg mit besonderen Ausnahmetarifen für den Saarkohlenbergbau, 2. durch besondere Berücksichtigung der saarländischen Kohlenausfuhr nach Frankreich im zukünftigen deutsch-französischen Handelsvertrag, 3. durch eine moderne Kohlenwirtschaft, die neben der Verwertung der neuesten technischen Errungenschaften und positive Rationalisierung die chemischen und mechanischen Kohlenverwertungs- und Kohleveredelungsverfahren kuppeln muß. Es bliebe auch die Frage zu untersuchen, wieweit die Anlegung neuer Kohlenmächt auf den ergiebigen Kohlenfeldern in der Südwestecke des Saargebietes möglich und zugänglich ist.

Eng mit der Kohlenwirtschaft und ihren Verwertungsmöglichkeiten aus Nebenprodukten verknüpft sind die beiden Probleme der Elektrizitätswirtschaft und Gasversorgung. Die Saarkohle ist für die Nebenerzeugnisse durch einen sehr großen Anfall an Staubkohle besonders gut geeignet, jedenfalls besser als die Ruhrkohle. Besondere Aufmerksamkeit ist dabei der Ruhrbarmachung für die saarländische Elektrizitätswirtschaft zu schenken. Es liegt mir nicht ob zu beweisen, daß durch den Bau von Großkraftwerken auf diesem Gebiet viel geschehen könnte. Besonders darauf hinweisen muß ich aber, daß die saarländische Elektrizitätswirtschaft aufs äußerste bedroht ist und in ihrer Existenz gefährdet wird durch das Eindringen der R. W. E. Diese Dinge sind für die Saar darum von so außerordentlicher Wichtigkeit, weil sie mit entscheidend sind für die Frage, ob die Saarkohlenindustrie einen neuen Aufstieg nehmen kann oder dem Niedergang endgültig geweiht ist. Es darf nicht der Fall eintreten, daß der Einbruch der R. W. E. in die Versorgungsbasis der saarländischen Elektrizitätswirtschaft zu deren Einengung führt, und dadurch die gesamte Saarkohlewirtschaft in ihrem Lebensnerv getroffen wird. Es ist Aufgabe und Pflicht von Reich und Staat, dieser Frage und dieser Gefahr die denkbar größte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Solche Versuche, wie wir ihn heute durch das Eindringen der R. W. E. auf elektrowirtschaftlichem Gebiet im Saarland erleben, sind auch bereits auf anderen Gebieten unternommen worden. So haben wir das Eindringen der Ruhrkohle und die Eroberung des Absatzgebietes der Saarkohle in Süddeutschland und Südwestdeutschland erleben müssen. Und heute ist die Ruhrindustrie dabei, auf dem Wege der Elektrizitätsversorgung einen erfolgreichen Vorstoß in das Interessengebiet der Saar-Elektrizitätswirtschaft zu unternehmen. Es hat ganz den Anschein, als ob ein Teil der Gemeinden an der Saar nicht überseht, welche außerordentlichen Folgen ihr Eingehen auf die Bestrebungen des R. W. E. für die Saarkohlewirtschaft insgesamt haben muß. Gewiß, man kann der Auffassung sein, daß die Elektrizitätswirtschaft nur 5,18 Prozent der Kohlenenergie verbraucht, daß deshalb der Machtkampf in der Elektro-Industrie nicht von entscheidender Bedeutung für die saarländische Kohlenwirtschaft sei. Aber man darf dabei neben den wirtschaftlichen Bedenken auch nicht die großen politischen Gefahren vergessen, die der Vorstoß der Ruhrindustrie in das Saargebiet heraufbeschwört.

Ein wesentliches Moment ist die politische Seite der Angelegenheit. Es ist bekannt, daß die Regierungskommission des Saargebietes die Verhandlungen zwischen dem R. W. E. und den Gemeinden zum Anlaß genommen hat, einen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden zu unternehmen, indem sie ihnen das Recht freitig macht und es ist anzunehmen, daß sie dabei nicht haltmachen wird und im besonderen nicht zögern wird, eine Elektrizitätsgesetzgebung einzuführen. Was das bedeutet, darüber darf man sich keinen Täuschungen hingeben. Das wird bedeuten, daß, wenn ich auch nicht glaube, daß Elektrizität aus Elsaß-Lothringen in das Saargebiet Eingang finden wird, so doch eine Kuppelung zwischen dem lothringischen Reich und reichsdeutschen Leitungen im Saargebiet stattfinden wird. Damit wird

ein leider nicht unerheblicher sehr zu beachtender Faktor für den Völkerbund bei der Abstimmung geschaffen sein. Auch darum muß mit allem Nachdruck die Forderung erhoben werden, daß die Reichs- und Staatsbehörden alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um die R. W. E. aus nationalpolitischen Gründen zum schleunigen Rückzug aus dem Saargebiet zu veranlassen. Es ist eine Lebensfrage für 200 000 Arbeiter, die sechs Siebentel der gesamten Bevölkerung ausmachen.

Groß ist so schon die Not der Bergarbeiterschaft infolge der Absatzschwierigkeiten der Saarkohlewirtschaft. Über 20 Feierschichten sind seit März 1927 eingelegt worden, 50 Millionen Reichsmark gingen dadurch an Löhnen der Arbeiterschaft verloren und damit der gesamten Volkswirtschaft des Saargebietes. Und das alles schließlich nur, weil unsere Verkehrsverhältnisse nicht mehr auf der Höhe sind, in deren endlichen Verbesserung allein eine bessere wirtschaftliche Zukunft für uns liegen kann. Die Regierungskommission tut nichts in dieser Beziehung.

Auf diesem Gebiet liegt wiederum ein nicht wirkungsloser Angriffspunkt für die Agitation der Saarkommunisten. Sie sagen, die wirtschaftliche Rückkehr zu Deutschland ist unmöglich, es gibt eine Katastrophe der Saarkohlewirtschaft, so daß nur noch der Weg zur Autonomie übrig bleibt. Es muß darum alles geschehen, um keinen Zweifel darüber zu lassen, daß man solche Bestrebungen, wie jene des R. W. E. nicht billigt, die geeignet sind, die kritische Lage der Saarkohlewirtschaft noch mehr zu erschweren. Wir haben gegen die Saarkommunisten die beste Waffe in der Hand, wenn wir es erreichen, daß die Räumung durch das R. W. E. schon in den nächsten Tagen erfolgt. Das Eingreifen der Regierungskommission in die saarländische Elektrizitätswirtschaft wird sonst nicht mehr zu verhindern sein. Ich möchte den „Saar-Verein“ bitten — wir waren uns in der Deutschbehaupung und in der Erleichterung des Existenzkampfes des Gebietes stets einig, nur in der Wahl des Weges wichen unsere Ansichten öfters ab — daß er auch seinerseits mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln und all seiner Kraft bei der Regierung erfolgt. Ich will auf das Problem der Gasversorgung und all diese Dinge nicht mehr eingehen. Ich will nur noch einmal darauf hinweisen, daß das Saargebiet ausschließlich von Arbeitern bewohnt wird, daß sechs Siebentel der Bevölkerung Arbeiter sind, daß also die Frage ihrer Weiterexistenz eine Existenzfrage für das ganze Gebiet ist.

Man muß auch beachten, daß die Modernisierung des Produktionsprozesses im Saargebiet noch nicht überall gleichmäßig durchgeführt ist. Wir haben allerdings die sogenannte Rationalisierung wie an der Ruhr, wir haben die Rationalisierung in der Holz-, Glas- und keramischen Industrie, ungenügend beim Saarkohlenbergbau. Aber eins: gerade die Tatsache der nicht zu vermeiden gewesenen Ueberfremdung der Saarkohlewirtschaft birgt wiederum eine erhebliche Gefahr. Wir haben so z. B. im Saargebiet eine hochentwickelte Glasindustrie, die Klotzenglasindustrie. Durch ihre Ueberfremdung war es möglich, daß der französische Besitzer der Jenne Gesellschaft seinen Produktionsanteil im Saargebiet an die Firma Hene abtreten konnte und Hene hat die Quote der Gerresheimer Hütte übernommen auf seine anderen Betriebe. Man könnte sagen, daß die dadurch brotlos gewordenen 600 Arbeiter bei einer Gesamtzahl von 200 000 Arbeitern im Saargebiet nicht allzu sehr in die Waagschale fielen, aber als Symptom ist der Vorgang doch bezeichnend. Den Vergleich könnte es ähnlich ereignen, wenn die mächtige Ruhrindustrie an der Saar eine wesentliche Position fassen könnte, und es hat ganz den Anschein, als ob im Ruhrgebiet derartige Bestrebungen im Gange sind.

Wenn irgend etwas die Unausführbarkeit des Versailleser Vertrages bezüglich der Bestimmungen über das Saargebiet aufzeigt, so ist es in erster Linie die Sozialpolitik. Die Sozialpolitik, die in engstem Zusammenhang mit der Wirtschaft steht, hat im Saargebiet eine viel zu schmale Basis. Genau so wie die politische und wirtschaftliche Regelung der Saarverhältnisse ist auch die Sozialgesetzgebung des Saargebietes in ihrer Rückständigkeit, in ihrer außerordentlichen Mangelhaftigkeit eine große Anklage gegen das Unrecht des Versailleser Vertrages und gegen die durch diesen Vertrag geschaffene Balkanisierung Europas. Das abgetrennte Zwergstaätchen an der Saar hat für eigene Versicherungszweige eine bedenklich schmale Basis. Es hat andererseits angefangen, der einschüchternden Bevölkerung die beständige Gefahr vor Augen, einen genügenden Risiko-Ausgleich vermissen zu müssen, ganz abgesehen davon, daß die verhältnismäßig kleine Zahl der Versicherer andererseits die Gefahr hoher Beiträge heraufbeschwört. Die ängstlich behauptete sozialpolitische Selbstständigkeit führt zu



ganz unnötigen Verwaltungskosten, so daß die ganze Organisation der Sozialpolitik und der sozialen Gesetzgebung im Saargebiet nach jeder Richtung hin, wobei die mangelhaften Leistungen nicht zu vergessen sind, ein einziger Beweis für die Unzulänglichkeit, um nicht zu sagen für den Unfug einer losgelösten Sozialpolitik im Saargebiet ist.

Das Unrecht des nationalen Blöds in Frankreich hat aber nicht nur in der Abtrennung dieses Gebietes von seinem natürlichen weiteren Boden bestanden, sondern auch darin, daß der neu einziehende französische Unternehmer — sei es auf Grund des Vertrages, wie bei der Kohle, sei es auf Grund der Ueberfremdung, wie beim Eisen, Glas usw. — aus seiner Mentalität heraus für den Lebensstandard des deutschen Arbeiters an der Saar und für die deutsche Sozialpolitik das notwendige Verständnis nicht mitbrachte, ebenso wenig, wie es bei seinen französischen Kapitalgebern zu finden ist. Hinzu kam, daß der französische Staat, der nach der Inbesitznahme der Gruben größter Unternehmer im Saargebiet geworden ist, mit Rücksicht auf seine innerpolitische Lage in der französischen Sozialpolitik, in Anbetracht der Konsequenzen sich selbst dann hätte zurückhalten müssen, wenn ihm neben seiner in der Hauptsache auf Gewinn und auf politische Ziele abgestellten Wirtschaftspolitik der Wille zu sozialpolitischen fortschrittlichen Maßnahmen nicht gefehlt hätte. Demgegenüber befand sich der deutsche Unternehmer immer in einem gewissen Einklang zwischen seiner kapitalpolitischen Basis und seiner nationalpolitischen Auffassung. Wenn er trotz dieser günstigeren Lage, die allerdings nicht immer auch eine solche der günstigeren Wirtschaftsbedingungen im ganzen Umfange gewesen ist, zuweilen in der sozialpolitisch-reaktionären Haltung dem französischen Unternehmer nicht nur nichts nachgestanden, sondern ihn leider zuweilen sogar darin übertroffen hat, so ist das eine so außerordentlich bedauerliche Haltung, daß wir ihre Vermeidung für die Zukunft sehr erhoffen wollen. Es sind eben im Saargebiet noch weniger als anderswo die sozialpolitischen Dinge von denen der Politik und der Wirtschaft infolge der schon eingangs erwähnten flüchtigen Grenzen nicht voneinander zu trennen.

Die Anwesenheit einer Anzahl von Parlamentariern gibt mir Veranlassung, einen sehr aktuellen Wunsch bezüglich der Sozialversicherung im Saargebiet zu äußern: die kürzlich erfolgte Abrede zwischen der Reichsregierung und der Regierungskommission des Saargebietes über Angelegenheiten der Sozialversicherung des Saargebietes muß dahin erweitert werden, daß 1. die knappschaftlichen Pensionsbezüge in daselbe Verhältnis zum Hauereilohn im Saargebiet wie im übrigen Deutschland gebracht werden, damit eine Angleichung der Saarbestimmungen an die im übrigen Deutschland bestehenden durchgeführt und die vorhandene große Not der knappschaftlichen Pensionsempfänger beseitigt wird, 2. die Abrede rückwirkend ab 1. Juli 1927 in Kraft gesetzt wird, damit die Sozialrentner wenigstens von diesem Tage ab in den Genuß der erhöhten Bezüge gelangen; 3. die Bestimmungen, betreffend die knappschaftlichen Pensionsversicherung auch auf die Hüttenknappschaftsvereine des Saargebietes ausgedehnt werden. Die Mehrbelastung ist nicht erheblich. Die Erfüllung dieser Anträge könnte aus dem 40-Millionen-Grenzmarktfond, der aus den Zolleinnahmen für Zwecke der Sozialversicherung zur Verfügung gestellt werden muß, entnommen werden. Jedenfalls erscheinen uns unverzügliche Verhandlungen seitens der Reichsregierung mit der Saarregierungskommission über diese Frage dringend am Platze.

Was das Arbeitsrecht des Saargebietes anbelangt, so brauche ich nur daran zu erinnern, daß wir im Saargebiet weder ein Tarifvertragsrecht, noch das Schlichtungswesen, noch das Betriebsrätegesetz, die Erwerbslosenversicherung usw. kennen. Es könnte nicht schaden, wenn den deutschen Beamten bei der Regierungskommission, natürlich inoffiziell, einmal bedeutet würde, daß der Ausbau der Sozialversicherung und ihres Arbeitsrechts im Saargebiet eine Angelegenheit ist, in der wir zum mindesten auf ihre nachdrückliche Initiative rechnen dürften. Die Begleiterscheinungen der Balkanisierungen lassen das als nötig erscheinen.

Es würde auch nicht schaden, wenn einmal von der deutschen politischen Partei ein schärferes Auge auf die neue sozialpolitische Firma Fried-Malmann-Müllenbach geworfen würde. Es bilden sich da organisatorische und Gefinnungsgemeinschaften zusammen mit ehemaligen Saarbund-Separatisten, die der Sozialpolitik nicht nützen, aber durch ihr Auftreten gegen die offiziellen Parteien der Politik im Saargebiet in bezug auf den Wiederanschluß an das Reich nur abträglich sein können. Ich möchte damit nicht sagen, daß wir dieser Gruppe ihre Agitation verwehren, aber es gibt politische Dinge, bei denen besondere Vorsicht am Platze ist.

Zum Schluß meines Vortrages möchte ich zur Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik zusammenfassend nochmals feststellen, daß ihre Gesundung nur möglich ist, wenn der baldige Anschluß an die deutsche Sozialversicherung durchgeführt werden kann. Das soll aber nicht ein Freibrief für irgendwelche Untätigkeit seitens der zuständigen Stelle in der Regie-

rungskommission noch für irgendwelche reaktionäre Widerstände seitens der Arbeitgeber sein. Das große Ziel, die Rückkehr zu Deutschland, wird um so leichter zu erreichen sein, wenn die Existenzmöglichkeit und die Prosperität der Saarwirtschaft gewahrt wird im Sinne sozialen Friedens und sozialer Wohlfahrt.

Die Ausführungen des Redners fanden in der Versammlung allgemeinen lebhaften Beifall.

Die Ausführungen des Pfarrers Schlich veröffentlichen wir in der nächsten Nummer.

## Kleine politische Umschau.

Statt 600 Mann 1000 Mann Bahnschutztruppen?

Seit Einzug der Franzosen ins Saargebiet klagen die örtlichen Kommunalverwaltungen und die Bevölkerung über die allzu starke Inanspruchnahme dringend benötigten Wohnraumes für Zwecke der französischen Besatzung. Nach den Genfer Abmachungen über die Bahnschutztruppen sollten diese Klagen verschwinden, da der Bahnschutz kaserniert sein und somit den Wohnungsmarkt an der Saar nicht mehr belasten sollte. Ziffernmäßig soll mit Einrichtung des Bahnschutzes an der Saar eine Truppenverminderung von 3000 auf 800 Mann eingetreten sein, von welchen rund 600 Mann auf die Stadt Saarbrücken entfallen. Dies hätte logischerweise dazu führen müssen, daß die meisten ehemals militärischen Gebäude der Bevölkerung wieder zur Verfügung gestellt wurden. Dagegen hat sich aber, wie man jetzt erfährt, die französische Militärverwaltung — die also anscheinend in Saarbrücken noch immer das Kommando führt — und auch die Regierungskommission mit aller Macht zur Wehr gesetzt. Es ist zwar eine Reihe von Gebäuden freigegeben worden, aber in so ungenügendem Ausmaß, daß dies keinerlei Einwirkung auf den Wohnungsmarkt hatte. Das Mißverhältnis zwischen Truppenzahl und Zahl der beanspruchten Gebäude ist eher größer als kleiner geworden. Bei der Beratung der Wohnungsvorlage war der Regierungskommission vom Landesrat auch die Frage vorgelegt worden, wieviel und welche militärischen Gebäude noch vom Bahnschutz belegt sind. Die Antwort blieb zunächst aus, angeblich, wie der Staatskommissar mitteilte, nur versehentlich. Jetzt hat die Regierungskommission diese Antwort dem Landesrat übermittelt. Danach sind es nicht weniger als drei große Kasernen, die Dragoner-, Ulanen- und Infanteriekaserne, die noch vom Bahnschutz größtenteils belegt sind. Die 600 Mann Bahnschutz beanspruchen nicht weniger als 34 militärische Gebäude, darunter vier Mannschaftegebäude, vier Familienhäuser, ein Bezirkskommando, ein Kammergebäude, ein Offizierskasino, drei Reitbahnen, drei Ställe, fünf Schuppen usw. Das Mindeste, was gefordert werden muß, ist, daß wenigstens die Dragonerkaserne restlos freigegeben wird. Notwendig ist es dazu allerdings, daß die Regierungskommission endlich das Etappenquartier der Rheinarmee in Saarbrücken aufhebt, denn es geht nicht länger an, daß sie entgegen den Abmachungen noch andere als Bahnschutztruppen im Saargebiet duldet. Wenn die Regierungskommission in dieser Hinsicht nicht bald ein Einsehen hat, wird es, wie der Abgeordnete Schmelzer in der letzten Landessatzung erklärte, notwendig sein, daß dem Völkerbund eine Beschwerde unterbreitet wird.

Es ist geradezu unerfindlich, was die 600 Mann Bahnschutztruppen mit dieser Anzahl von Kasernen, Gebäuden usw. anfangen. In diesen Räumen sind bei normaler militärischer Belegung unterzubringen: ein Dragonerregiment, ein Ulanenregiment mit je etwa 500 Köpfen, ein Infanterieregiment mit 1200 Mann, ferner in den verschiedenen militärischen Gebäuden weitere 500 bis 600 Mann. Es handelt sich also um Unterkunfts-räume für annähernd 3000 Mann. Diese werden von den 600 Mann Bahnschutztruppen mit Beschlag belegt, und die Regierungskommission hält ängstlich ihre Hand darüber, obwohl ihr das Wohnungselend in Saarbrücken hinreichend bekannt sein dürfte.

Angeichts dieser Tatsachen ist die Frage berechtigt: Ist die in Genf aufgestellte Bahnschutztruppenzahl von 800 Mann eingehalten worden oder beträgt sie in Wirklichkeit die doppelte Zahl? Nach den Erfahrungen, die man leider in den besetzten Gebieten hat machen müssen, ist tatsächlich anzunehmen, daß die Zahl der Saartruppenbesatzung höher ist, als der Völkerbundsrat festgelegt hat. Da die Saarregierung eine Erklärung darüber abgelehnt hat, weshalb



Die weiterhin Kasernen und Gebäude für rund 3000 Mann für militärische Zwecke beschlagnahmt hält, so dürfte es angebracht erscheinen, den Völkerrundrat sehr ernsthaft auf diese Dinge hinzuweisen und eine Untersuchung einmal über die Stärke der Bahnschutztruppen, zweitens über die Verwendung des beschlagnahmten Raumes zu fordern.

#### Geschlossene Saar-Delegationsverhandlungen in Genf.

Zu der diesmaligen Dezembertagung des Völkerrundrates hatten, wie bei früheren Tagungen, wieder die Fraktionen des Saar-Landesrates ihre Vertreter nach Genf entsandt. Es waren dies diesmal die Herren Lebacher und Kiefer von der Zentrums-Partei, Hermann Röchling und Schmelzer von der Deutsch-Saarländischen Volkspartei, Schäfer und Brettar von der Sozialdemokratischen Partei und Dr. Kohlbecher von der Deutschnationalen Volkspartei. Gegen ihre bisherigen Gepflogenheiten traten die saarländischen Vertreter in Genf diesmal nach außen hin geschlossen auf, wo es sich darum handelte, gleichgerichtete Fragen zu besprechen. So verhandelten die politischen Saarvertreter gemeinsam mit dem Leiter der Minderheitenabteilung im Völkerrundratssekretariat, Dr. Colban, und mit dem Direktor Thomas vom Internationalen Arbeitsamt in der Frage des Saareisenbahnerstreiks, und weiter mit dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann. Mit diesem wurden neben Fragen allgemeiner Natur vor allem drei Punkte erörtert, die augenblicklich das Saargebiet besonders bewegen:

1. Die Frage der Ergänzung der Saarregierung für den Fall, daß ein Mitglied durch die verschiedenen politischen Ereignisse der letzten Monate — Nichtwiederwahl Belgiens in den Rat und Umbildung des belgischen Kabinetts — ausscheidet, ist etwas delikater Natur geworden. Trotzdem dürfte es an und für sich nicht allzugroße Schwierigkeiten haben, wenn die belgische Regierung dahin informiert werden würde, daß das belgische Mitglied der Saarregierung seine Amtszeit längstens überschritten hat. In dieser Mitteilung, die naturgemäß den Charakter einer diplomatischen Ermahnung trägt, dürfte der Schlüssel zur Lösung der Nachfolgerschaft Lamberts liegen. Nach einer Genfer Information der „Saarbrücker Landeszeitung“ besteht die begründete Hoffnung, daß die Wünsche der Saargebetsbevölkerung in der Frage des Ersatzes Lamberts sich erfüllen werden. Ueber Lamberts Nachfolger soll bekannt sein, daß er aus einem neutralen Lande stamme, doch würde die Bekanntgabe seiner Persönlichkeit noch zurückgehalten. Man rechne damit, daß Lambert in den nächsten Wochen seinen Rücktritt einreichen werde.

2. Die Kreditfrage für die gesamte Saarwirtschaft und Industrie. Infolge verschiedener Momente, die in der Debatte zum Vorschein kamen, kam man zu der Uebereinkunft, die Besprechung über diese Frage im Saarausschuß in Berlin fortzusetzen.

3. Besprechung über eine zu beantragende Erweiterung der Rechte des Landesrates. In der Aussprache darüber traten verschiedene Auffassungen zutage, die jedoch das Wesen der Frage nicht berührten.

### Kleine Tageschronik.

#### Statistische Streifzüge.

Unter der obigen Ueberschrift macht die „Saarbrücker Landeszeitung“ verschiedene statistische Angaben über Leben und Sterben in den verschiedenen Stadt- und Landkreisen. Danach nimmt die Bevölkerungszahl Saarbrückens langsam, aber stetig zu. Sie ist von 107 389 Einwohnern im Jahre 1911 Ende des Jahres 1926 auf 126 738 gestiegen. Da in Saarbrücken der Geburtenüberschuß über die Todesfälle erheblich niedriger ist als im Saargebetsdurchschnitt — auf 1000 Saarbrücker kamen 7,66 mehr Geborene als Gestorbene gegenüber 11,41 im Durchschnitt des ganzen Saargebietes — so ist naturgemäß Saarbrücken mit einem größeren Hundertsatz an dem Wanderungsgewinn beteiligt als die übrigen Orte des Saargebietes. Trotzdem ist der absolute natürliche Zuwachs, der 972 Köpfe beträgt, größer als der Wanderungsgewinn, der im Berichtsjahr nur 561 Einwohner mehr brachte. Wie ausnahmslos in allen deutschen Großstädten, so steht auch in Saarbrücken der Tausendatz der Lebendgeburtten erheblich schlechter als in den Landkreisen: 18,6 gegenüber 25,6 im Bezirk Homburg,

25,3 im Kreis St. Wendel und 24,9 im Bezirk St. Ingbert. Von den Landkreisen ist in dieser Beziehung der Landkreis Saarbrücken mit 21,8 der schlechteste, während alle anderen über den Durchschnitt kommen. Wie das Blatt ausgerechnet hat, erblicken stündlich zwei junge Saarländer das Licht der Welt, unter ihnen ist alle 4 Stunden ein Saarbrücker, während 1911 noch alle 3 Stunden ein junger Saarbrücker von dieser Neugier geplagt wurde. Bei dem Abmarsch zur großen Armee haben es dagegen die Saarbrücker nicht so eilig. Während im übrigen fast stündlich ein Saarbrücker abberufen wird, braucht der Schnitter Tod für jeden Saarbrücker einen vollen Achtstundentag. Er holt nämlich nur drei am Tage. Es soll auch nicht damit gesagt sein, daß nun die Saarbrücker Luft am gesündesten sei. Sie ist jedenfalls nicht die schlechteste, sondern hält sich genau auf den Durchschnitt des ganzen Saargebietes. Wie in ihm, so kommen nämlich auch in Saarbrücken auf 1000 Einwohner 10,9 Todesfälle. Am gesündesten ist es offenbar in St. Ingbert. Ob das mit den Mengen des genossenen guten Bieres zusammenhängt, wagen wir nicht zu entscheiden. Statistische Tatsache ist jedenfalls, daß dort nur 9,7 Todesfälle auf 1000 Einwohner zu verzeichnen sind. Ihm folgt gleich hinterher der Landkreis Saarbrücken mit 9,8 Todesfällen. Am ungesündesten ist es zweifellos im Kreise Merzig. Er schlägt mit 13,1 Todesfällen alle saarländischen Rekorde. Das geht auch noch aus einer anderen Tatsache hervor. Von allen Landkreisen hat Merzig mit 9,98 auf 1000 den geringsten Geburtenüberschuß über die Todesfälle, einzig die Stadt Saarbrücken mit 7,66 ausgenommen. Auch hier zeigt St. Ingbert mit 15,24 die stärkste Lebenskraft. Es hat also mit dem bayerischen Bier anscheinend doch etwas auf sich. Man kann allerdings in dieser guten Meinung über St. Ingbert wieder schwankend werden, wenn man den Prozentsatz der Geburten nach dem Geschlecht vergleicht. Da steht nämlich St. Ingbert als Mädchengeburtsüberschußgebiet auch obenan. Auf 100 Mädchen kommen 97,08 Knaben. Das weibliche Geschlecht ist demnach in St. Ingbert das stärkere. Uebrigens auch im Kreise Saarlouis, wo 98,34 Knaben auf 100 Mädchen kommen. Wir sind stolz, hier endlich einmal etwas Gutes von Saarbrücken sagen zu können. Es ist mit 114,25 Knaben auf 100 Mädchen ein ausgesprochenes Männerüberschußgebiet und überragt so den Saargebetsdurchschnitt, der 105,60 beträgt, bei weitem.

Auch der Bezirk Homburg und die Landkreise Saarbrücken und Ottweiler übertreffen diesen Durchschnitt, während Merzig und St. Wendel zwar unter ihm bleiben, immerhin aber auch noch Knabengeburtsüberschußgebiete darstellen.

**Saarbrücken.** Die Stadtverordnetenversammlung Saarbrückens hat mit Stimmenmehrheit den Ankauf des Röchling'schen Anwesens auf dem Schwarzenberg — eine geräumige Villa mit ausgedehnten Park- und Wiesenflächen — beschlossen. Die Anregung hierzu war aus der Versammlung heraus gegeben worden in der Absicht, später dort ein Kindererholungsheim einzurichten. — In der Beethovenstraße ist am 13. Dezember das sog. Dasbachhaus seiner Bestimmung übergeben worden. Es stellt für das Saargebiet den Zentralitz jener Organisationen dar, die einstens von dem Reichstagsabgeordneten Kaplan Dasbach zum Wohle der ländlichen Bevölkerung gegründet wurden. In den unteren Räumen des neuen Gebäudes ist die Zentralgenossenschaftsbank untergebracht, in den oberen der Trierische Bauernverein. — Der Präsident Wilton stattete kürzlich mit mehreren Mitgliedern der Saarregierung der hiesigen Gewerbeschule einen Besuch ab, um ihre Einrichtungen kennenzulernen und die von den Lehrlingen aller Berufe angefertigten Arbeiten zu besichtigen. Besonders reichhaltig war das Gebotene im graphischen und Malergewerbe. Der Präsident sprach sich anerkennend über die Erzeugnisse der Schüler aus. — Die Bevölkerungszahl Saarbrückens ist im Monat Oktober von 126 138 auf 126 321 gestiegen. — Die Polizeidirektion gibt bekannt, daß die Alleestraße in Alt-Saarbrücken in „Hindenburgstraße“ umbenannt worden ist. —

**Güdingen.** Die Eheleute Ludwig Hofmann wurden auf dem Heimweg vom Besuch ihrer Schwiegereltern von einem Lastauto überfahren und sind schwer verletzt worden. Die näheren Begleitumstände konnten noch nicht festgestellt werden.

**Fechingen.** Eine sehr stark besuchte Bürgerversammlung nahm zu der Eingemeindungs- bzw. Vereinigungsfrage von Brebach



**Fechingen und Güdigen** eine Entschlebung an, in der die Verwaltung gebeten wird, die Verhandlungen zu einer Großgemeinde Brebach-Fechingen-Güdigen weiterzuführen in dem Sinne, wie sich die drei Gemeinderäte am 18. Juni d. J. in gemeinsamer Sitzung geeinigt hatten. Durch die Vereinigung der drei Ortschaften würde ein Gemeinwesen von annähernd 10 000 Einwohnern bei insgesamt fast 2200 Hektar Banngröße geschaffen.

**Wehrden.** Ein Schadenfeuer äscherte die Wirtschaftsgebäude des Anwesens der Witwe Trodle in der Saarstraße mit großen Heu- und Strohvorräten ein. Das Wohngebäude konnte gerettet werden, der Schaden ist sehr bedeutend.

**Nahweiler.** Der vom Verkehrs- und Verschönerungsverein des Warndt veranstaltete 4. Heimat- und Werbeabend war ein voller Erfolg. Bürgermeister Ortman-Ludweiler betonte die Notwendigkeit des Zusammenschlusses, um in erster Linie für Nahweiler den baldigen Ausbau der Straße nach Emmerweiler zu erreichen. Neben Ansprachen wurden durch den Kirchenchor und den Mandolinclub Heimatlieder und Konzertsstücke vorgetragen, während der Turnverein sein Können in den Dienst der Sache stellte.

**Klein-Roseln.** Am 3. Dezember wurde der Lohngeblatransport für den einen Schacht der Grube kurz vor dem Zechenhaus von vier Leuten überfallen. Der Grubenwächter wurde dabei durch vier Schüsse getötet, der Zahlmeister durch einen Armschlag schwer verletzt. Es wurde ein Betrag von rund dreiviertel Millionen Franken geraubt. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden. Der erschossene Grubenhüter ist der pensionierte Bergmann Bess.

**Dudweiler.** Der Bergmann Friedrich Krieger aus Neunkirchen wurde auf der Straße von einem Personenauto überfahren und getötet. Der Autofahrer suchte sein Heil in der Flucht. Er dürfte aber bald ermittelt sein. — In dem Anwesen des Fuhrunternehmers Albert Woll in der Kalkofenstraße brach Feuer aus, das aber auf seinen Herd beschränkt werden konnte.

**Sulzbach.** Im Alter von 87 Jahren ist die Lehrerin Böhm gestorben. Sie wirkte in Sulzbach seit 1875 bis zum Jahre 1903, wo sie sich zur Ruhe setzte. Die letzten drei Jahre verbrachte sie im St. Anna-Kloster.

**Altenwald.** Durch Bruch des Dammes der Weiheranlage der Rühlingschen Werke wurde das ganze anliegende Gelände überflutet, so daß das Wasser teilweise in die Kellerräume der tiefer gelegenen Häuser eindrang.

**Fischbach.** Der hiesige Gewerbeverein hat beschlossen, eine Eingabe an den Bürgermeister zu richten, um ihn zu bitten, sich gegen die geplante Autobuslinie Sulzbach-Quierschied-Fischbach einzusetzen, da eine starke Beeinträchtigung des Fischbacher Geschäftslebens damit verbunden sein würde.

**Schiffweiler.** Die Bürgermeisterei Stennweiler mit den Gemeinden Schiffweiler, Landsweiler, Stennweiler und Welschbach zählte Ende Oktober insgesamt 14 029 Einwohner.

**Friedrichsthal.** Am 4. Dezember fand die feierliche Grundsteinlegung für das Kriegereinkmal in Friedrichsthal unter lebhafter Anteilnahme der Bevölkerung statt. In der Festrede stellte Bürgermeister Kondruhn die gefallenen Helden als leuchtendes Beispiel treuer Pflichterfüllung hin und forderte, sich ihres Beispiels würdig zu erweisen und ihnen dadurch nachzueifern, daß der unglückselige Bruderzwist und Parteihader endlich verschwindet und das Volk in seiner Gesamtheit seine ganze Kraft für das Vaterland einsetzt. — Der Friedrichsthal-Bildstocker Spar- und Darlehnskassenverein hat in seiner Herbstgeneralversammlung beschlossen, denjenigen Bedürftigen, die am 1. Januar 1915 ein Guthaben bei der Bank hatten, vor Weihnachten noch freiwillig eine Aufwertung auszusahlen. — Die Gemeindevertreter des Zentrums, der Sozialdemokraten und Kommunisten haben gemeinsam ihre Mandate zum Gemeinderat niedergelegt. Die Folge wird die Auflösung und Neuwahl des Gemeinderats sein.

**Neunkirchen.** Die Gewerbeschule Neunkirchen konnte am 2. Dezember auf ein 40 jähriges Bestehen zurückblicken und gleichzeitig konnte ihr Leiter, Direktor Gilla, sein 30 jähriges Berufsschuljubiläum feiern. Die Schule hat sich aus kleinsten Anfängen mit etwa 30 Schülern bis zu ihrer heutigen Ausdehnung mit über 1500 Schülern entwickelt. Die Schule zählt

insgesamt 49 Klassen, einschließlich der Handelsabteilung und den freiwilligen hauswirtschaftlichen Klassen 65 Klassen mit 1530 Schülern. — Im Ortsteil Wellesweiler wurde das neue Schulhaus am 1. Dezember eingeweiht.

**Ottweiler.** Die Feier ihres 60 jährigen Bestehens konnte die „Ottweiler Zeitung“ begehen. Trotz widerwärtiger Verhältnisse hat sich das Blatt bis heute behaupten können. Aus Anlaß des Jubiläums gab das Blatt eine reichhaltige Jubiläumsausgabe heraus, die wertvolle Beiträge zur Geschichte der Stadt Ottweiler enthält. — Die einheimische Glaserei und Fensterfabrik Lauer konnte auf ein 140 jähriges Bestehen zurückblicken. Bemerkenswert ist, daß sich das Geschäft seit der Gründung ununterbrochen in derselben Familie befand.

**Dillingen.** Zur weiteren Ausgestaltung des Bahnhofsvorplatzes wird die zweite Hälfte nach dem Postgebäude zu ebenso wie die bereits umgewandelte erste Hälfte zu gärtnerischen Anlagen umgestaltet, wodurch der ganze Bahnhofsvorplatz einen gefälligen, großzügigen Eindruck macht.

**Saarlouis.** Die alte Kommandantur mit ihren großen Gartenanlagen ist der Oberpostdirektion des Saargebiets übergeben worden, um ein Postamt darin einzurichten. In der Bürgerschaft hatte man die Hoffnung, daß es der Stadt gelingen werde, die Kommandantur mit ihren historischen Räumen zu erwerben. Es konnte nur erreicht werden, daß der große Festsaal in der Kommandantur erhalten bleibt und der Stadt Saarlouis für die Abhaltung offizieller Empfänge zur Verfügung gestellt werden soll. Für die Stadtverwaltung von Saarlouis ergibt sich aus dieser Gestaltung der Dinge die Folgerung, daß sie sich in absehbarer Zeit nach anderen Gebäuden zur Unterbringung von Diensträumen wird umsehen müssen; diese Gebäude werden dann wohl nicht den Vorzug haben, so im Mittelpunkt der Stadt zu liegen, wie es bei dem Kommandanturgebäude der Fall ist. Das jetzige Rathaus ist bis in die letzte Ecke ausgenutzt und bietet kaum mehr Gelegenheit zu einer Erweiterung, nachdem zurzeit der Erwerb des Nebenhauses in dem sich jetzt ein Bankinstitut befindet, nicht gelungen ist. So wird auch hier die Raumfrage brennend, die in bezug auf die höheren Schulen und die kaufmännische Berufsschule schon längst der Lösung harret. Diese kann gefunden werden, wenn die in Betracht kommenden Behörden endlich der Stadt die Gebäude zur Verfügung stellen, um die sie sich schon so lange bemüht.

**Sülzweiler.** Ein am neuen Friedhof erbautes zweistöckiges Wohnhaus, das im Rohbau bis zur Verzimmerung fertiggestellt war, brach unter lautem Getöse in sich zusammen. Zu allem Glück war in dem kritischen Augenblick niemand in dem Bau beschäftigt, wodurch ein größeres Unglück verhütet wurde.

**Merzig.** Die Stadtverordnetenversammlung hat mit 13 gegen 7 Stimmen beschlossen, das Lyzeum in seiner jetzigen Form bestehen zu lassen.

**Erfweiler-Ehlingen.** Die Abgeschlossenheit der Gemeinde Erfweiler-Ehlingen von der Hauptverkehrsstraße Saarbrücken-Saargemünd, die nur auf Umwegen zu erreichen ist, hat die Gemeindeverwaltung dazu veranlaßt, neue und nähere Verbindungswege mit der Hauptverkehrsstraße zu schaffen.

**St. Ingbert.** Eine von den Hausbesitzern und Mietern gemeinsam durchgeführte öffentliche Aussprache über die notwendige beschleunigte Behebung der Wohnungsnot führte zu dem Ergebnis, die Stadt zu veranlassen, die Unterstützung der Hausbesitzer und Mieter durch Bereitstellung von billigen Geldmitteln energisch zu betreiben. Die Versammlung stellte sich dabei auf den Standpunkt des Architekten Krassch, daß die billigste Bauweise die Aufstockung sei. — Die Bopelius und Wenzelschen Glashütten hatten, beschlossen, ihren im Weltkrieg gefallenen 69 Angestellten und Arbeitern ein Ehrenmal zu errichten, das auf einem schönen Platz in der Nähe der Bopelius-Kolonie erranden ist. Die feierliche Einweihung findet am 1. Januar statt. — Die Bezirksausschüsse St. Ingbert und Homburg haben sich in der Frage der Ferngasversorgung zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen, um die Gemeinden vor Benachteiligung durch Unternehmerfirmen zu schützen.

**Homburg.** Die Geschäftsleute stellen fest, daß das bisherige Weihnachtsgeschäft äußerst ungünstig verlaufen ist.

Wenn jeder Leser uns nur zwei neue Leser zuführt, so unterstützt er damit wirksam unsere Arbeit!



Am sogen. Silbernen Sonntag zeigten sich nur vereinzelt Käufer in den Geschäften. Als besonderes Zeichen der im Saargebiet herrschenden Notzeit wird festgestellt, daß selbst die Gastwirtschaften allmählich unter chronischem Besuchermangel zu leiden beginnen.

**Mittelbergbach.** Ein besonderer Dank des Reichspräsidenten Hindenburg wurde einem Bürger von hier übermittelt. Der Modellier Ludw. Hamburger hatte zum 80. Geburtstag des Reichspräsidenten diesem eine selbstgefertigte künstlerische Plakette mit dem Bilde Hindenburgs und einem hübschen Sinnpruch gewidmet, worauf jetzt aus Berlin folgende Antwort eintraf: „Herzlichen Dank für das freundliche Andenken und die mir an meinem 80. Geburtstag erwiesene Aufmerksamkeit. Mit ergebenem Gruß v. Hindenburg.“ — Hier wurde dieser Tage zur Regelung der brennendsten Verkehrsfragen im pfälzischen Teil des Saargebietes ein Verkehrsverein gegründet, der an den Pfälzischen Verkehrsverband angeschlossen werden soll. Zunächst wird erstrebt der Ausbau der Bahnstrecke nach Wiesbaden und der Neubau des hiesigen Bahnhofs.

Die Genehmigung zur Inbetriebnahme der elektrischen Straßenbahn in Tübingen ist nunmehr durch den preuss. Verkehrsminister erteilt und bereits eingegangen.

## Vom „Bund der Saarvereine“.

□ Ortsgruppe Duisburg des Bundes der Saarvereine. Am 11. 12. 27 hielt die Ortsgruppe in den festlich geschmückten Sälen des Vereinslokales „Rasthaus Reichshof“, Inhaber H. Dannenhöfer, seine diesjährige Weihnachtsfeier ab. Die Mitglieder waren mit ihren Angehörigen vollständig erschienen, so daß die beiden Säle bis auf den letzten Platz besetzt waren. Der Vorsitzende, Herr Lehmann, ließ die in so stattlicher Zahl erschienenen herzlich willkommen, dankte den Mitgliedern für das bei der Neufestsetzung der Mitgliederzahl entgegengebrachte Treuegebotnis und wünschte allen eine recht frohe Weihnachtsfeier. Besonders dankte er dem im Saargebiet allbekannten Herrn Pfarrer Ebeling, daß er der Einladung des Bundes Folge geleistet habe und zum hohen Feste erschienen sei. Nach dieser Begrüßungsansprache schritt man zur Kinderbescherung, die mit theatralischen und musikalischen Darbietungen eingeleitet wurde. Das unermüdliche und nie versagende Frä. Kauz erschien wieder mit ihrer frohen und tüchtigen Kinderschar auf der Bühne und erfreute mit Herrn Kirchner am Klaviere mit Tänzen, Gesängen und dem Theaterstückchen „Hänsel und Gretel“ die in langen Reihen vor der Bühne sitzenden Kinder, die mit großem Beifall und Jubel die Vorführungen belohnten. Das Tochterchen des Mitgliedes Herrn Bernhardt hielt einen Prolog an das Christkind über Griekstöße, der in der Frage endete: „Sag Christkindchen, kannst du Griekstöße essen?“ Hierauf allgemeiner Kinderjubel. Herr Lehrer Huber brachte mit drei Schülern, die ihre Rolle meisterhaft spielten, den Schwur auf dem Rüll. Herr Dieterich ließ seine Kinder zu mehrstimmigen Gesängen auftreten und versetzte selbst mit seinen Weihnachtschneekmalereien die Kleinen und großen Zuschauer in Staunen. Am Schluß des Theaterstückchens „Hänsel und Gretel“ erschienen den Kleinen das Christkindchen, dargestellt von Frä. zur Mühlen, in herrlicher, prunkhafter Kleidung und Farbenpracht und gedachte der Kleinen in Worten und Taten. Es überreichte unter ständigen Ermahnungen im Glanze des hell erleuchteten Christbaumes und unter dem allgemeinen Gesange „Stille Nacht, Heilige Nacht“ an jedes Kind eine große Tüte mit den besten und süßesten Gaben. Ungefähr 150 Kinder wurden beschenkt. Hocherfreut nahmen die Kleinen das Geschenk an. Groß war ihre Freude. Sofort wurden Kostproben von dem reichen Inhalte der Tüte genommen. Die Erzählungen untereinander über das gute Christkindchen wollten nicht verstummen. An die Kinderbescherung schloß sich die Verlosung für die Großen an. 300 Lose je 0,30 M. wurden reichend abgesetzt. 100 stattliche Gewinne lagen auf dem Tische. Die Verlosung brachte Enttäuschungen und Ueberraschungen, je nachdem der Ausruf entweder das niederschmetternde Wort „Niemand“ oder das gern gehörte Wort „Gewinn Nr. ...“ ausrief. Unter großer Heiterkeit wurde die Verlosung durchgeführt und stellte die Mitglieder bezüglich der Gewinne voll und ganz zufrieden. Nach Abwicklung des Programms sprach der Vorsitzende nochmals allen denen seinen innigsten Dank aus, die ihre ganze Kraft in den Dienst der Saarlache gestellt und zur Verschönerung der Fester beigetragen haben. Insbesondere dankte er Frä. Kreis und Frä. Kowstki für ihre rührige und aufopfernde Tätigkeit. Er sprach die Hoffnung aus, daß recht bald der heißersehnte Tag der Abstimmung kommen möge, an dem das Treuegebotnis der Saarbevölkerung sich bewahrheitet: „Deutsche die Saar immerdar.“ Den Anwesenden wünschte er noch frohe und vergnügte

Stunden. Sie sahen noch recht lange zusammen, pflegten der saarländischen Gemütlichkeit und schieden in dem Bewußtsein, im Jahre 1927 einer recht schönen Weihnachtsfeier beigewohnt zu haben.

§ Ortsgruppe Münster i. W. des Bundes der Saarvereine. Am Samstag, dem 10. Dezember, beging die Ortsgruppe Münster des Bundes der Saarvereine in dem schlicht vornehmen, großen Festsaale des Allgemeinen Offizier-Kasinos am Hindenburgplatz (Neuplatz) ihr erstes Stiftungsfest. Neben den etwa 50 Mitgliedern der Ortsgruppe Münster nahmen rund 200 Saarfreunde an der Veranstaltung teil. Deffentliche Körperschaften haben durch Entsendung von Vertretern ihr Interesse an der Sache bekundet. Als Vertreter des Vorstandes des Bundes der Saarvereine war der Leiter der Geschäftsstelle „Saarverein“, Herr Verwaltungsdirektor Theodor Vogel, aus Berlin erschienen. Die Ortsgruppe Ibbenbüren hat es sich nicht nehmen lassen, sich durch einen Saarfreund und einen Landsmann vertreten zu lassen. Der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe, Landesobersekretär Reichert, begrüßte in trefflichen Worten die Anwesenden. Mit besonderer Genugtuung nahmen die Versammelten hierbei davon Kenntnis, daß der Magistrat der Stadt Münster, um die Verbundenheit des Saarlandes mit dem großen deutschen Vaterland hervorzuheben, beschlossen habe, im Süden der Stadt neu angelegte Straßenzüge mit den Bezeichnungen „Saarbrücker Straße“ und „Spichernstraße“ zu belegen. Er ließ seine Ansprache in ein Hoch auf die Liebe, jetzt so schwer geknechtete Saarheimat ausklingen, in das die Versammelten begeistert einstimmten. Im Anschluß daran sangen die Anwesenden das Saarlied: „Noch bist du nicht verloren, o Heimat an der Saar.“ Besonders kräftig ließ die Versammlung die letzte Liedzeile „Der große Gott will nimmermehr ein weiches Saarland sein“ erschallen. Die Festrede hatte in liebenswürdigster Weise der Landsmann Studentrat Dr. Reinhardt vom Paulinischen Gymnasium übernommen. Er hat sich darin in vorzüglicher Weise über das Deutschtum an der Saar ausgelassen und insbesondere die Art und Weise, wie das Deutschtum an der Saar von den Bewohnern bewundert wird, herausgestellt. Der in seiner Rede geführte Nachweis der Zugehörigkeit des Saargebietes zum Deutschen Reiche in geschichtlicher, kultureller, erd- und volklicher Beziehung gelang ihm auf Grund der unbestrittenen Tatsachen hervorragend. Die Saarlüge von den 150 000 Saarfranzosen Clemenceaus verwies er in das Reich der Fabel. Er schloß seine tiefempfundenen und zu Herzen gehenden Ausführungen mit einem Treuegebotnis auf das Deutsche Reich. Begeistert nahmen die Versammelten sein Hoch auf das deutsche Vaterland auf und stimmten im Anschluß daran das Deutschlandlied an. Verwaltungsdirektor Vogel kennzeichnete in markigen Worten die den deutschen Saarbewohnern angetane Schmach. Er verwies auch auf das zunächst dem Bunde der Saarvereine teilweise entgegengebrachte geringe Verständnis, trotz seiner erhabenen Ziele und Zwecke. Mit Genugtuung konnte er aber feststellen, daß diesbezüglich nunmehr eine Besserung eingetreten sei, so daß man heute auf die unentbehrliche Arbeit des Bundes der Saarvereine nicht mehr verzichten möchte. Er brachte auch zum Ausdruck, daß der Kampf um die Saarheimat noch nicht zum Abschluß, vielmehr noch im Anschwellen begriffen sei und daß der Franzose nachdem er auf politischem Gebiete an der Saar abgewirtschaftet hat, nunmehr versucht, durch wirtschaftliche Maßnahmen sein Ziel, die Annexion des Saargebietes in irgend einer Form, zu erreichen; diesen Weg bezeichnet er als den gefährlicheren. Wenn auch das Saarloft, den ihm aufgezwungenen Kampf mannhaft und heldenmütig bestanden habe, so beständen durch die jetzt ergriffenen Drangsalierungen der Franzosen immerhin Möglichkeiten, das Saarloft zu zermürben. Aufgabe aller

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, am Sonntag, dem 11. 12. 27, um 24 Uhr, meine liebe Frau, unsere herzensgute, treuherzige Mutter

**Maria Schlag**

geb. Louis,

Inhaberin des Verdienstkreuzes für Kriegshilfe, im 34. Lebensjahre nach 24 Jahre geduldig ertragenem, tüchtigen Leiden zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

In tiefer Trauer:

Otto Schlag

und Kinder Gretel, Otto, Irene.

Corbach (Waldeck), Saarlouis, den 12. 12. 1927.



Deutschen sei es, das Volk an der Saar mit allen Kräften in seinem harten Kampfe zu stützen. Die Ausführungen seines Vortragenden, des Studienrats Dr. Reinhardt, bezeichnete er für so hervorragend, daß er es nicht unterlassen möchte, sie in dem Organ des Bundes der Saarvereine „Der Saarfreund“ zu veröffentlichen, um ihnen auf diesem Wege eine weitere Verbreitung zu sichern. Einzel- und Quartettgesänge sowie Rezitationen und ein gutgefügener Tanzreigen rundeten die Festfolge ab. Der Leiter der Geschäftsstelle „Saarverein“, Herr Verwaltungsdirektor Vogel, beglückwünschte die Ortsgruppe zu ihrem vollen Erfolg.

**Jugendbund von St. Jakobi, Braunschweig.** Auf Veranlassung des Leiters des Jugendbundes, unseres Landmannes Rudolf Gerwert, Braunschweig, fanden am 5. und 6. Dezember im Gemeindehaus St. Jakobi in Braunschweig, Lichtbildervorträge über das Saargebiet statt. Die Lichtbilder waren von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ zur Verfügung gestellt worden. Schon seit Jahren hält Herr Ingenieur Gerwert in dem Jugendbund Vorträge über fremde Länder und Städte, die er bereist und gesehen hat und läßt so die Jugend teilnehmen an seinem Erleben. Bei diesem Saarvortrag war aber noch etwas ganz anderes mit dabei, das fühlte man am Ton und der Wärme seiner Worte. Er führte die Teilnehmer durch seine Heimat in Wort und Bild. Mit der Geschichte des Saarlandes weit ausholend beginnend, bis zum Weltkriege, als Tausende und aber Tausende von Feldgrauen durch dieses Grenzland zogen und dann, als des Saarlands dunkelste Stunde schlug und es losgelöst wurde vom Mutterland, um 15 Jahre dem Völkerbund unterstellt zu werden — so lautet die Bestimmung im Schandvertrag von Versailles — in Wirklichkeit aber ist dieses schöne Land, mit einer tausendjährigen deutschen Geschichte, französischer Willkür preisgegeben. In diesen Vorträgen hat die Braunschweiger Jugend viel gelernt und weiß nun vor allem, daß das Saarland niemals französisch war und niemals französisch werden darf und wir alles tun müssen, um unseren Brüdern und Schwestern an der Saar zu zeigen, daß wir Verständnis haben für ihre Leiden unter fremder Herrschaft und auch zu Opfern bereit sein müssen, damit am Entscheidungstage im Jahre 1935 das Resultat nur heißen kann: „Deutsch wollen wir sein!“ — Die jahrelangen Bemühungen, auch in Braunschweig eine Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine zu gründen, werden voraussichtlich im Jahre 1928 wieder aufgenommen werden. Hoffentlich führen sie diesmal zum Ziele. Den Landsleuten, die sich wiederum in den Dienst dieser Sache gestellt haben, sagen wir an dieser Stelle unseren besten Dank und vor allen Dingen wünschen wir ihnen recht guten Erfolg.

## Re Eiladung.

Re Gewitter, deß wär doch ä Glanzidee,  
Unn ich glaab, sell mißt uns aach glide,  
Die Deleschlerte vum Völkerbund, —  
Zu lootse nooch Saarbride.  
Do kennte die Herre an Ort unn Schtell  
Sich betrachte die ganz Bescherung:  
Deß wär doch unner uns gesacht,  
Die änzig richtig Belehrung.  
Unn wann se hunn alles gesehn unn gehort,  
Do kennte se wirklich endede,  
Daß deß Saargebiet — ehr Mißgeburt —  
Schä langsam duht verrede.  
Drum miße se bei de Ankunft in Genf,  
— Tage — unn beschließe sogleich:  
Deß Saargebiet muß widder hām,  
Sofort zum deitsche Reich.  
Iß deß dann geschehe, so sag' m'r'n schä Dank,  
Unn ich bin als Pälzer so frei,  
Unn lad' de ganze Völkerbund,  
Uff de Dertemer Worschmark mol ei.

Pälzer Schorisch.

## Bücherbesprechungen.

**Französischer Geistesdruck am Rhein.** Geschehenes und Gegenwärtiges nach authentischem Material von Dr. Walter Steiner. Rheinische Schicksalsfragen. Verlag „Rheinischer Beobachter“, Berlin SW. 48. Preis RM. 6.—

Der Verfasser bringt die Rheinlandbesetzung im Zusammenhang mit den unter Einwirkung des Weltkrieges überall tief gewandelten Anschauungen der Menschheit über das Recht des Freiheitsstrebens eines Volkes, und untersucht, inwieweit die allgemeine Weltmeinung eine rein militärische Besatzungspolitik, die sich allein auf Gewalt und Einschüchterung eines politisch Unterlegenen aufbaut, anerkennt und billigt. Auf Grund vieler mit der Rheinlandbesetzung vergleichbarer Tatbestände wird nachgewiesen, daß eine fremde dauernde Besetzung im Frieden heute allgemein als etwas Unnatürliches, mit den geläuterten politischen Anschauungen der Gegenwart unverträglich angesehen wird, wo ihnen ein formales Recht zusteht. Wo aber noch Besatzungsrechte bestehen, hat sich zum mindesten die Methode ihrer Ausübung gänzlich gewandelt, indem es sich um reine Polizeibesatzungen handelt, die jeden „Besatzungsdruck“, jede „Anwesenheitsbesatzungen“, die jeden „Besatzungsdruck“, jede inneren Verhältnisse peinlich vermeiden. An reichen Tatsachenmaterials weist Dr. Steiner mit ihren Grundsätze bei der Rheinlandbesetzung keine Anzeichen des Saargebiets haben. Die Beschränkung der deutschen Gerichtsbarkeit, die deutschen deutschen Gewalten, wie der staatsbürgerlichen, die Verfassung überhaupt, die Post- und Pressezensur, die Verkehrsbeschränkungen, die Störung der kulturellen Zusammenhänge mit Gesamtdeutschland, die Beeinflussung der Schule und viele andere Einzelheiten werden angeführt und durch Tatsachen belegt.

## Briefkasten.

Von W. B. in S. 10 Mark mit verbindlichem Dank erhalten.

Von Fr. W. in C.: 1,50 M. mit bestem Dank erhalten.

## Für den Weihnachtstisch!

Aus unseren Beständen bieten wir allen Lesern und Freunden unseres „Saar-Freund“ sowie allen Mitgliedern und Anhängern unserer Organisation folgende Werke für den Weihnachtstisch an:

Geschichte des Saargebiets. Von Professor Ruppertsberg . . . . .	RM. 12,—
Saarländische Volkskunde. Von Fox . . . . .	„ 8,50
Das schöne Land an der Saar. Von Reuth . . . . .	„ 5,—
St. Ingbert und seine Vergangenheit. . . . .	„ 7,50
Saartalender 1928 . . . . .	„ 2,—
(Mit Ausnahme des Jahrgangs 1926 können alle bisher erschienenen Jahrgänge nachbezogen werden.)	
Saarliederbuch des Bundes der Saarvereine . . . . .	„ 0,50
Deutsch die Saar immerdar. Von Th. Vogel . . . . .	„ 1,—
Die Grundlagen des Rechts im Saargebiet. Von D. Andres . . . . .	„ 4,—
Die Volksabstimmung im Saargebiet. Von Chefredakteur J. Görden . . . . .	„ 3,—
Wenig'sche Ansichtspostkartenreihe (60 Karten „Unser Saarland“ . . . . .	„ 6,—

Alle diese Werke stellen praktische und schöne Weihnachtsgeschenke für jeden Landsmann und alle damit an unserer Saarfrage interessierten Deutschen dar.

Wir würden uns deshalb freuen, wenn unser Weihnachtsangebot eine wohlwollende Beachtung finden würde.

**Die Geschäftsstelle des „Saar-Verein“,**  
Berlin SW 11, Königgräber Straße 94.  
Telephon: Bergmann 3243.

Erscheint zunächst monatlich zweimal: am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder“. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 268) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein e. V. Berlin SW 11, Königgräber Straße 94. Fernsprech-Anschluß: Amt Bergmann 3243. — Bezugspreis monatlich 60 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW 7, Nr. 685 38 oder auf Deutsche Bank, Depostenkasse O. Berlin SW 47, Velle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein e. V.“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten. — Für den Gesamteinhalt verantwortlich Kurt Meurer, Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein e. V.“, Berlin SW 11, Königgräber Str. 94; Druck: Deutscher Schriftenverlag Berlin SW 11.